Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1931

195 (25.8.1931)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible] MITTELBADENS

50 JAHRE

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark • Ohne Zustellung 2,20 Mark • Durch die Post 2,66 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 195 | Karlsruhe, Dienstag, den 25. August 1931 | 51. Jahrgang

Regierungswechsel in England

Die Arbeiterregierung auseinandergebrochen – Die Rolle des Bankkapitals – Eine „nationale" Regierung Macdonald–Baldwin

Die Arbeiterpartei in schärfster Opposition

Die Ereignisse in der englischen Kabinettkrise spielten sich am Montag in dramatischer Stärke und Schnelligkeit ab. Im Verlaufe des Montag vormittag konnte sich Macdonald davon überzeugen, daß das Kabinett der Arbeiterregierung im Parlament auf keine Mehrheit mehr rechnen kann, und, was für Macdonald viel schlimmer war, daß innerhalb der Kabinettsmitglieder und damit auch innerhalb der Arbeiterpartei ein folgenschwerer Konflikt ausgebrochen ist. Die Gewerkschaften lehnten rundweg die vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung ab; mit ihnen eine Anzahl Mitglieder des Kabinetts, und damit war das Arbeiterkabinett zerbrochen.

Macdonald begab sich abermals zum König, überreichte diesem den Rücktritt des Kabinetts, worauf der König, offenbar auf Grund der Rücksprache mit den Führern der Konservativen und der Liberalen, an Macdonald die Bitte richtete, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen, daß ein Kabinett der sogenannten nationalen Konzentration sein soll, in dem also Vertreter der Arbeiterpartei wie der Konservativen und Liberalen sitzen sollen.

Amtliches zur Regierungsbildung

London, 24. Aug. Das heute abend ausgegebene **amtliche Communiqué** besagt, daß in den Besprechungen zwischen **Macdonald, Baldwin, Samuel** und **Snowden** über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts große Fortschritte erzielt worden seien. Das wesentliche Ziel der neuen Regierung werde sein, die gegenwärtige Krise zu bekämpfen. Sie werde nicht eine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern vielmehr eine **Regierung der Zusammenarbeit zur Erreichung dieses einen Zieles sein. Ist dies geschehen, so würden die politischen Parteien ihre früheren Stellungen wieder einnehmen.** Das **Parlament**, so heißt es in dem Communiqué weiter, soll zum **8. September** einberufen werden, um das Gleichgewicht des Haushalts ohne Verzögerung wieder herzustellen. Vorschläge zu großen Ausgabensenkungen und zur Anschaffung neuer Mittel auf gerechter Grundlage, werden dann dem Unterhaus vorgelegt werden. Da der Handel und die Wohlfahrt nicht nur des britischen Volkes, sondern auch eines großen Teiles der Kulturwelt auf einem wohl fundierten Vertrauen auf das Pfund Sterling beruhen, so wird die neue Regierung alle Maßnahmen ergreifen, die sie zur Aufrechterhaltung dieses Vertrauens für notwendig halten wird.

*

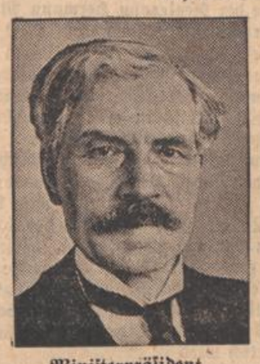
Als Opfer der Weltwirtschaftskrise ist die Arbeiterregierung Macdonald nach 2¼jähriger Dauer am Montag endgültig auseinandergefallen. Alle Anstürme ihrer bürgerlichen Gegner hatte sie bisher erfolgreich abgeschlagen, wenn es auch zuweilen im Parlament hart auf hart ging. Da sie von Anfang an auch nur über 286 von 650 Unterhaussitzen verfügte, also eine Minderheitsregierung darstellte, war sie auf die Unterstützung oder zum mindesten auf die Tolerierung durch die liberale Fraktion angewiesen. Aber es hat kaum einen Gesetzentwurf gegeben, bei dem die Liberalen nicht Schwierigkeiten anhäuften und ihre Unterstützung davon abhängig machten, daß das Kabinett auf wesentliche Bestimmungen verzichtete.

Wiederholt gab es im Kabinett entscheidende Abstimmungen, bei denen auch die Liberalen entschlossen schienen, gemeinsam mit den Konservativen die Regierung zu stürzen, aber immer wieder wurde das Kabinett durch einige Liberale gerettet, die ihren Führern die Gefolgschaft verweigerten. Mehr als ein halbes Dutzend Mal ist Macdonald mit nur 5—8 Stimmen Mehrheit der Niederlage entronnen. Unzählige Male mußte die Arbeiterregierung bei nicht lebenswichtigen Abstimmungen Schlappen erleiden. So war ihre Tätigkeit als Minderheitsregierung alles eher, denn beneidenswert. Am unangenehmsten gestalteten sich die Verhältnisse im Oberhaus. Dort verfügen die Konservativen seit jeher über eine ungeheure Mehrheit, die man nur durch Ernennungen von Hunderten von „Arbeiterlords" hätte ausgleichen können. Auf einen derartigen Versuch hat Macdonald jedoch von vornherein verzichtet. So geschah es, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen des Arbeiterkabinetts wiederholt von den Lords durchkreuzt wurden. Sie besitzen zwar seit zwanzig Jahren kein unbedingtes Vetorecht mehr, aber sie können das Inkrafttreten eines von der Volksvertretung beschlossenen Gesetzes sehr erheblich verzögern.

Das alles hätte aber noch immer nicht genügt, die Existenz des Kabinetts Macdonalds ernsthaft zu gefährden. Im Gegenteil, als im Frühjahr dieses Jahres Macdonald und Lloyd Georges ein grundsätzliches taktisches Uebereinkommen abschlossen, galt die Existenz der Labourregierung auf weitere zwei Jahre als gesichert. Inzwischen aber hat die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise alle diese Berechnungen und Voraussagen über den Haufen gestoßen. Ebenso wenig wie in den Vereinigten Staaten, brachte in England das Frühjahr 1931 die erhoffte wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes. Während in Deutschland eine saisonmäßige Besserung eintrat, die vorübergehend rund einer Million Erwerbslosen Beschäftigung verschaffte, blieb die Zahl der Unterstützungsempfänger in England stabil, ja sie verschlechterte sich sogar noch während der Sommermonate.

Mit der Parole des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit hat die Labourparty die Wahlen vom Mai 1929 geführt und gewonnen. Sie mußte freilich als Regierung die Erfahrung machen, daß die Verhältnisse in der kapitalistischen Wirtschaft stärker sind, als der beste Wille. An

Schatzkanzler Snowden



Ministerpräsident Macdonald

Der Führer der Konservativen Stanley Baldwin

weitgreifenden Maßnahmen, an Bereitstellung riesiger Summen für Notstandsarbeiten und dergleichen hat es unter Macdonald nicht gefehlt. Sicher ist, daß diese Anstrengungen Hunderttausenden von Menschen Arbeit verschafft haben und daß ohne sie das Massenelend der Arbeitslosigkeit in England noch viel schlimmere Formen angenommen hätte. Aber die erhoffte positive Herabminderung der Erwerbslosenziffer blieb aus. Dadurch hat die Arbeiterpartei im Lande zweifellos an Prestige und an Anhang verloren, wie die Zahlen bei den meisten Ersatzwahlen der letzten Monate beweisen.

Umso schwieriger gestaltete sich die Aufgabe des Schatzkanzlers Philipp Snowden, dem die Aufbringung ungeheurer Mittel für die Arbeitslosenunterstützung oblag. Snowden hat, und das wird ihm in der ganzen sozialistischen Welt stets hoch angerechnet werden, dieses Problem dadurch zu lösen versucht, daß er fast ausschließlich die besitzenden Schichten heranzog und die Arbeiterschaft schonte. Indessen wurde das Problem in den letzten Wochen dadurch kompliziert, daß die währungspolitische Lage Großbritanniens infolge der unausgesetzten Goldabzüge durch die Bank von Frankreich erschüttert wurde. Wahrscheinlich erfolgten diese französischen Angriffe auf die Bank von England ausschließlich aus außenpolitischen Gründen, um England daran zu hindern, Deutschland auf eigene Faust und ohne Rücksicht auf die französischen Interessen zu helfen. Man sprach schon von einem englischen Moratorium, ja selbst von einer Inflationsgefahr. Der Kredit Englands in der Welt schien umso mehr bedroht, als ein Budgetfehlbetrag von 2,4 Milliarden Mark vorhanden war, dessen Ausgleich keine weitere Verzögerung duldete.

An diesem Problem des Defizitausgleiches ist die Regierung Macdonalds gescheitert. Snowden versuchte zwar, das Gleichgewicht im Etat durch ein Programm herzustellen, das dem Besitz wiederum Opfer auferlegt, aber gleichzeitig einen Abbau der Sozialleistungen enthält. Die konservativ-bürgerliche Mehrheit ließ durch ihre Unterhändler klar erkennen, daß sie diesen Weg nicht mitmachen würde, weil sie die Opfer, die der Arbeiterklasse zugemutet wurden, für zu gering hielt. Die Gewerkschaften hingegen lehnten jede Verschlechterung der sozialen Zuwendungen ab, weil sie davon nur eine weitere Verringerung der Kaufkraft des Volkes und eine weitere Verschlimmerung der Wirtschaftskrisen befürchteten. Die Mehrheit des Kabinetts schien zwar gewillt, Macdonald und Snowden zu folgen, selbst um den Preis eines Konflikts mit den Gewerkschaften. Aber eine fast ebenso große Zahl von Ministern hielt die Einheit der Arbeiterbewegung und insbesondere das gute Einvernehmen mit den Gewerkschaften für wichtiger. Angesichts dieser Situation ließ sich der Rücktritt der Regierung Macdonald nicht mehr vermeiden.

Jetzt ist man dabei, eine „nationale Regierung" unter Macdonalds Führung zu bilden, die auch konservative und liberale Führer einschließt. Die Tatsache, daß eine solche Lösung als einziger Ausweg auch von den bürgerlichen Parteien angenommen wird, beweist, wie ernst die finanzielle und wirtschaftliche Lage Englands ist. Sie zeigt ferner, daß keine Partei sich stark genug fühlt, allein die Krise zu überwinden. Sie bedeutet endlich, daß keine Partei es gegenwärtig auf einen wirklichen Kampf ankommen lassen will. Daß aber eine solche Lösung nur von begrenzter Dauer sein kann, liegt auf der Hand. Noch vor Jahresende dürften deshalb die englischen Wähler befragt werden. Möge zu diesem Zeitpunkt der schmerzliche Konflikt, der jetzt innerhalb der Arbeiterbewegung ausgebrochen ist, überwunden sein, damit eine einzige Arbeiterpartei den Wählern zeigen kann, was das zweite Kabinett Macdonald in schwierigster Zeit sowohl auf innerpolitischem als auch auf außenpolitischem Gebiet im Interesse der englischen Arbeiterklasse und der gesamten demokratischen Welt geleistet hat.

Die Arbeiterpartei und die neue Regierung

London, 24. Aug. (Funkdienst.) Die Zusammensetzung der neuen „nationalen" Koalitionsregierung unter Vorsitz Macdonalds, wird offiziell nicht vor Dienstag bekannt gegeben werden. Es scheint jedoch schon jetzt festzustehen, daß von den bisherigen Arbeiterministern außer Macdonald noch Snowden, Thomas und Lord Sankey dem neuen Kabinett angehören werden, während für die Konservativen Baldwin, Neville Chamberlain, Sir Hoare und Lord Hailsham, von den Liberalen Sir Herbert Samuel, Lord Reading und Sir Mac Lean in die neue Regierung eintreten werden. (Lloyd George kommt persönlich wegen seiner schweren Erkrankung kaum in Frage.)

Die Exekutive der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften treten am Mittwoch zusammen. Es besteht kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit dieser Körperschaften die Haltung der ausgeschiedenen Minister gut heißen und das Programm der verbleibenden ablehnen werden. Der Generalrat der Gewerkschaften hat heute abend eine Erklärung veröffentlicht, wonach er keine Regierung unterstützen werde, die weitere Entbehrungen der Arbeiterklasse auferlegen würde.

In seiner heutigen Dienstagausgabe nimmt der Daily Herald in einem Leitartikel „Keine nationale Regierung!" gegen Macdonald Stellung. Es heißt in dem Artikel, daß es sich bei dem neuen Kabinett Macdonalds nicht um eine nationale Regierung handeln werde; denn die Arbeiterminister, die an diesem Kabinett teilnehmen, handeln lediglich als Einzelpersonen und nicht als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiterbewegung. Es besteht kein Zweifel, daß die nationalen Organisationen der Arbeiterbewegung den Sanierungsplan ablehnen würden. Das Blatt fügt jedoch hinzu: „So sehr die Haltung Macdonalds und seiner Freunde falsch ist, so wissen wir doch, daß die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Arbeiterbewegung als Ganzes groß und großmütig genug ist, um ihrer Aufrichtigkeit die Achtung zu zollen." Sodann spricht der Daily Herald seinen Dank den neun Ministern aus, die durch ihren Rücktritt die Demission des Kabinetts herbeigeführt haben. Sie waren überzeugt, daß sie die Grenze der möglichen Konzessionen erreicht hatten.

Zum Schluß erklärt das Arbeiterorgan, daß die Federal-Reserve-Bank von Neuyork die britische Politik durch die Forderungen diktiere, die sie der Bank von England für ihre finanzielle Hilfe unterbreitet habe.

Spaltung der Arbeiterpartei?

Aus London wird gemeldet:

Als ein Anzeichen für die überaus großen Schwierigkeiten, mit denen die „nationale" Regierung Macdonald zu kämpfen haben würde, betrachtet man eine aus wohlinformierten Kreisen stammende Schätzung, nach der die Arbeiteropposition, die von Henderson und Clynes geführt wird, in einem Unterhaus, das aus insgesamt 615 Mitgliedern besteht, etwa 200 Vertreter stark sein würde. Macdonald dürfte Schwierigkeiten haben, auch nur 40 Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei dazu zu bewegen, ihn im neuen Kabinett zu unterstützen.

Wie Reuter feststellt, ist man in politischen Kreisen der Ansicht, daß mit den Ereignissen der letzten 24 Stunden eine Spaltung der Arbeiterpartei bereits eingetreten ist. Macdonalds Gegner in der Partei hoffen, daß die Mehrzahl der Abgeordneten der Partei ihren Fahnen folgen wird, wenn dem Unterhaus das Programm der neuen Regierung der nationalen Einigung vorgelegt werden wird. Von Arbeiterparteilern werden nach Ansicht der gleichen Kreise dem neuen Kabinett außer Macdonald selbst voraussichtlich Thomas und Snowden angehören.

Der Ernst der Spaltung der Arbeiterpartei läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß sich das neue „nationale" Kabinett wahrscheinlich einer Opposition gegenübersehen wird, die nicht von unverantwortlichen und mehr oder minder unbedeutenden Mitgliedern der Partei geleitet werden wird, sondern von Männern wie Henderson, Graham, Clynes, Alexander und Lansbury. Die zurücktretenden Mitglieder der Regierung werden einen sehr ernsten Oppositionsblock bilden und von einem großen Teil der Arbeiterpartei in dem Unterhaus unterstützt werden.

In gewissen Kreisen der Arbeiterpartei glaubt man, daß Macdonalds neue Rolle als Haupt einer nationalen Regierung seine endgültige und dauernde Trennung von der Arbeiterpartei bedeuten wird.

Macdonalds schwere Aufgabe

CNB. London, 24. Aug. (Eigene Meldung.) **Macdonalds schwere Aufgabe**, aus den drei Parteien die fähigsten und geeignetsten Köpfe auszuwählen, dürfte eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, es sei denn, daß sich die Führer der drei Parteien bei ihrer heutigen Zusammenkunft im Buckingham-Palast bereits auf eine provisorische Ministerliste geeinigt haben. Da **Baldwin** bereits seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben hat, unter Macdonald an den Regierungsgeschäften teilzunehmen, glaubt man, daß ihm wahrscheinlich das Amt des Lord-Geheimsiegelbewahrers und die Führung des Unterhauses übertragen wird, eine Stelle, wie sie **Bonar Law** unter Lloyd Georges in der **früheren Koalitionsregierung** inne gehabt hat. Andere führende Politiker, die wahrscheinlich zum Beitritt in das Kabinett aufgefordert werden dürften, sind außer Baldwin und Lloyd Georges von der Labour-Party, Sir **Hoare**, Sir **Austin Chamberlain** und Neville **Chamberlain** von der Konservativen und Lord **Readyng**, Sir Herbert Samuel und Sir Donald Mac Lean von den Liberalen.

Eine „nationale" Regierung zur Durchführung der Sparpläne würde mit der heftigsten Opposition eines großen Teils der Arbeiterpartei zu rechnen haben. Eine Politik weit umfassender Ersparnisse in den sozialen Leistungen und Herabsetzung der Arbeitslosenbezüge bleibt der Politik der Arbeiterbewegung zuwider. Besonders der linke Flügel, aber auch andere Mitglieder der Arbeiterpartei sind der Ueberzeugung, daß England immer noch reich genug ist, die Bürde der Arbeitslosigkeit zu tragen, und daß die gegenwärtigen Bezüge nur die notwendigsten Existenzmittel darstellten.

Das Organ der Arbeiterpartei zur Regierungskrise

Das Blatt der Arbeiterpartei, **Daily Herald**, das am Montag in seiner Frühausgabe nur von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts sprach, veröffentlichte eine Sonderausgabe, aus deren erster Seite in Sperrdruck verkündet wird: Das Kabinett wird heute zurücktreten. Das neue Kabinett wird, da sich die Konservativen und die Liberalen in der Frage der Sparmaßnahmen völlig einig sind, im Unterhaus über eine Mehrheit verfügen. Denn während die Arbeiterpartei 286 Sitze hat, verfügen die Konservativen und Liberalen zusammen über 320 Sitze. **Die neue Entwicklung ist das Ergebnis der schärfsten politischen Krisis seit 1914.** Der entscheidende Faktor war die **unbedingte Weigerung** von mindestns acht Mitgliedern des Kabinetts, **die Arbeitslosenunterstützung um zehn Prozent zu vermindern.** Einige dieser Minister erklären, daß sie ihren Rücktrittsbeschluß nur sehr widerwillig gefaßt hätten; es sei ihnen aber unmöglich gewesen, ihr Einverständnis damit zu erklären, daß den Arbeitslosen neue Entbehrungen auferlegt würden. **Die Kabinettsmitglieder, die solchen Abstrichen zustimmten, taten es in der Ueberzeugung, daß eine jetzt erfolgende Verminderung eine andernfalls in absehbarer Zeit zu erwartende, noch viel weitergehende Verminderung folgen würde.**

Ein wahrhaft tragisches Ereignis

Der Vorwärts zum Rücktritt der Arbeiterregierung

„Der Sturz der Arbeiterregierung ist ein wahrhaft tragisches Ereignis. Durch die **Wirtschaftskrise** war das Kabinett Macdonald vor eine Frage gestellt, vor der es kein Ausweichen gab: Sollten die Arbeitsminister die unvermeidlich gewordenen Ersparnisse auf Kosten des Sozialetats selber vornehmen und sie dadurch vielleicht milder gestalten, als sie nach einem Regierungswechsel ausfallen würden, oder sollten sie sich weigern, eine solche ihrer ganzen grundsätzlichen Einstellung widersprechende Aufgabe zu übernehmen, und damit die politische Krise herbeiführen?

Es liegt in der Natur dieser **wahrhaft tragischen** Frage, daß das Kabinett und die hinter ihm stehende Partei eine **einheitliche Antwort nicht** fand. Der eine Teil sah die Gefahren, die der Arbeiterklasse Englands und der ganzen Welt aus einem Sturz des Kabinetts drohten, so groß, daß er, um sie zu vermeiden, zu weitgehenden Zugeständnissen bereit war. Der andere schätzte die Gefahr, die für die Arbeiterbewegung entstand, wenn die Arbeiterregierung scheinbar etwas gegen die Arbeiter tat, noch höher ein.

Die Frage war zu schicksalsschwer und die Meinungen über sie waren zu geteilt, als daß es möglich gewesen wäre, eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß durchzubiegen. Ein Teil der Minister war zum Rücktritt entschlossen, wenn das Kabinett mit dem Sparprogramm, so wie es war, ernst machte. **Damit war das Kabinett innerlich zerbrochen und reif zum Rücktritt.**

Die Situation, in der sich das Kabinett Macdonald zuletzt befand, erinnert an die **letzten Tage der Regierung Hermann Müller.** Allerdings war damals die Wirtschaftskrise noch nicht weit fortgeschritten; die Möglichkeit, einer eigentlichen Entscheidung auszuweichen, noch größer. Man kann aber wohl sagen: Wäre die Regierung Hermann Müller damals noch geblieben, so wäre sie mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise in eine ganz ähnliche Lage geraten wie jetzt die englische Arbeiterregierung.

Für jede sozialistische Arbeiterpartei ist es selbstverständlich, daß ihr Regieren oder Mitregieren den Zweck hat, die Lebensverhältnisse der arbeitenden Massen zu bessern. Kommt aber eine Wirtschaftskrise dazwischen, so setzt für die Lebenshaltung der breiten Massen eine rückläufige Tendenz ein, die mit dem Fortschritt der Krise immer stärker wird. Ihr gegenüber ist die regierende oder mitregierende Arbeiterpartei in eine Abwehrstellung gedrängt und zur Preisgabe nicht mehr zu haltender Positionen genötigt. Schließlich kommt zwangsläufig der Augenblick, in dem die Belastung zu groß und die Krise unvermeidlich wird . . ."

Denkschrift des Städtetages

Das Reichskabinett hat sich mit dem **Notprogramm des Deutschen Städtetages** beschäftigt. Den Beratungen lag eine Denkschrift zugrunde, aus der folgendes mitgeteilt wird:

1. Die **eigenen Abbaumaßnahmen** der Gemeinden beziehen sich auf die Personal- und Sachausgaben für sämtliche Gebiete des Kommunalwesens. Dieser Abbau, der sich, wie schon jetzt feststeht, nur gegen schwere Bedenken weitester Kreise und gegen den Widerstand bedeutender Gruppen der Wirtschaft und des Gewerbes durchführen läßt, wird einschließlich der zu erwartenden Angleichung vergleichbarer **Kommunalbeamtengehälter und Arbeiterlöhne** voraussichtlich eine Ersparnis von rund 250 Millionen Mark bringen. Mit dem Abbau wird in den einzelnen Städten sofort begonnen. In diesem Zusammenhang werden in den meisten Gemeinden **die Richtsätze für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge gesenkt;** dadurch vermindert sich der Aufwand in der Fürsorge für den Rest des Haushaltsjahres um etwa 45 Millionen Mark. In der sonstigen Fürsorge wird die Minderausgabe rund 30 Millionen betragen. Durch die eigenen Maßnahmen der Gemeinden ist daher für die kommenden sieben Monate mit einer **Ersparnis von insgesamt 325 Millionen Mark zu rechnen.**

2. Der Deutsche Städtetag hat der Reichsregierung vorgeschlagen, in **Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** künftig die gleichen Grundsätze **individueller** Prüfung und dieselben Unterstützungsleistungen zur Anwendung zu bringen. Das Reich würde durch diese Maßnahmen in dem kommenden halben Jahre bei der Arbeitslosenbetreuung etwa 85 Millionen Mark ersparen und daher auf den **Zuschuß der Gemeinden zur Krisenfürsorge** verzichten können.

3. Nach dem Vorschlag des Städtetages soll, ähnlich wie die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vom Reichsetat, nunmehr auch die **Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom Gemeindeetat** zu einem wesentlichen Teil „abgehängt" werden. Die Gemeinden werden durch die eigenen Maßnahmen in der Lage sein können, von den Gesamtkosten etwa die Hälfte selbst zu tragen. Der Restbetrag von etwa 400 Millionen Mark soll nach dem Vorschlage des Städtetages aus den Erleichterungen der Reparationszahlungen oder durch eine **besondere Notabgabe** aufgebracht werden. Diese **„Erwerbslosenabgabe"** würde sich auf alle Gehalts- und Lohnempfänger beziehen, die bisher keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu leisten haben.

4. Die Abbaumaßnahmen der Gemeinden werden sich erst in einigen Monaten auswirken. Der Städtetag hat daher die Reichsregierung gebeten, den Gemeinden zur **Ueberwindung der Kassen- und Haushaltsschwierigkeiten** eine sofortige Uebergangsbeihilfe zu bewilligen.

5. Wegen der Umwandlung der **kurzfristigen kommunalen Kredite** schweben besondere Verhandlungen mit Reichsregierung und Reichsbank.

In der Denkschrift des Deutschen Städtetages wird wiederum mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen, daß für die tief eingreifenden Abbaumaßnahmen, die vom Städtetag vorgeschlagen sind, eine **allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten** unbedingte Voraussetzung ist. Der Deutsche Städtetag hat die Reichsregierung gebeten, sich wegen der wirtschaftlichen und politischen Folgen, die sich aus jeder neuen Belastung des Mittelstandes und der Arbeiterschaft ergeben, dieser Frage mit besonderer Entschiedenheit anzunehmen."

*

Die Notmaßnahmen der Städte haben wir bereits als **Verzweiflungsmaßnahmen** gekennzeichnet. Wir haben zugleich gefordert, daß das Reich hilft. Diese Hilfe muß z. B. bei der **Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** eingreifen. Wenn die Gemeinden fordern, daß die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom Etat abgehängt wird, läßt sich das schon begreifen. Erfährt die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge keine Regelung und Hilfe des Reiches, dann wird man die Gemeindeetats nicht in Ordnung bringen können und das muß notgedrungen das **Ende der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** bedeuten. Anders verhält es sich mit den Plänen des Städtetages, die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge in einen Topf zu werfen und die berüchtigte Bedürftigkeitsprüfung wieder einzuführen. Man käme bei dieser Regelung wieder zu dem Zustand vor Jahren, der **alles andere als ein Ideal** war. Außerdem bedeutet die Regelung nur eine **Senkung des allgemeinen Niveaus der Fürsorge**, während der richtige Weg doch wäre, den **Grad** der Fürsorge mit der **Dauer der Arbeitslosigkeit zu steigern.**

Der kapitalistische Wahnsinn

In der ganzen Welt herrscht ein Ueberfluß an Rohstoffen, wie er bisher noch niemals da war. Um ein Absinken der Preise unter die Gestehungskosten zu verhindern, vernichten die Produzenten den Ueberfluß. So werden in Südamerika Lokomotiven mit Mais geheizt, in den Südstaaten von Nordamerika Baumwollpflanzungen vernichtet, in Kanada Weizen verbrannt, in Cuba Zuckerplantagen zerstört, in Afrika Rohgummi nicht mehr abgezogen und in Europa häufen sich die Kohlenvorräte auf den riesigen Halden.

Die englische Abrüstungsdenkschrift

Das angekündigte Memorandum der englischen Regierung über den augenblicklichen **Rüstungsstand Englands** ist gleichzeitig in London und Genf der Oeffentlichkeit übergeben worden. Die Veröffentlichung enthält nur Zahlen und — im Gegensatz zu dem kürzlich veröffentlichten französischen Memorandum — keine politischen Ausführungen. Was die Zahlen selbst angeht, so wird in englischen Kreisen des Völkerbundssekretariats darauf hingewiesen, daß sie **größtenteils bekannt** seien, daß sie teils in den englischen Parlamentsdrucksachen enthalten, teils bereits in dem Militärjahrbuch des Völkerbundes Aufnahme gefunden hätten.

Englischer Staatsangehöriger von Schildwache in Leningrad erschossen

WTB. Moskau, 24. Aug. Ein englischer Staatsangehöriger namens William Stevenson, der Obermechaniker auf dem im Leningrader Hafen liegenden Dampfer „Kingswood", wurde vor einigen Tagen von einer Schildwache vor dem Leningrader Militärmagazin erschossen.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion gibt folgende Schilderung des Vorfalles: Stevenson war in das Gebiet des Leningrader Militärmagazins eingedrungen und hatte auf Anruf und Schreckschuß des Postens nicht reagiert, sondern versucht, den Lauf des Gewehres zu packen. Es gelang dem Posten nicht, sich des Eindringlings anders zu erwehren, als durch einen Schuß, der den Tod Stevensons auf der Stelle herbeiführte. Diese Angelegenheit wird ihre endgültige Regelung in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung in den nächsten Tagen finden.

Der Devisenbestand der Reichsbank

Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank hat sich vom 15. Juli bis 21. August um 200 Millionen Reichsmark erhöht. Wie weit dieser Zugang durch die Anforderungen auf Grund der Devisenordnung bedingt ist, läßt sich nicht ermitteln. Zur Ablieferung angefordert sind seitens der Reichsbank 432 Millionen RM. Außer der Vermehrung des Deckungsbestandes um die genannten 200 Millionen Reichsmark sind noch 100 Millionen Reichsmark nichtdeckungsfähige Devisen zugeflossen. Neben den von der Reichsbank selbst angeforderten Beträgen sind auch noch von den Privatbanken Devisen zur Ablieferung angefordert. Die Höhe dieses Betrages steht noch nicht fest.

Dresdener Bank 1820 und Reichskreditgesellschaft

Die Vossische Zeitung will erfahren haben, daß Verhandlungen zwischen der Dresdener Bank und der Reichskreditgesellschaft über den Verkauf eines Paketes von 22,8 Millionen Mark Stammaktien der Dresdener Bank unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

Zahlungseinstellung der Darmstädter Volksbank

Darmstadt, 25. Aug. Von der Leitung der **Darmstädter Volksbank** e.G.m.b.H. wird mitgeteilt: Die Volksbank e.G.m.b.H. sieht sich genötigt, von heute, Dienstag, ab ihre Schalter zu schließen. Die schon vor den Bankfeiertagen bestehende **Illiquidität** der Bank hat nach Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs eine Verschärfung erfahren.

Ist das Preissenkung?

Brot in Berlin um 1 Pfg. teurer

CNB. **Berlin**, 24. Aug. (Eig. Meldg.) Der Brotpreis, der am 10. August von 50 Pfg. auf 47 Pfg. gesenkt worden war, ist mit Wirkung von heute ab **auf 48 Pfg.** festgesetzt worden. Zu dieser Erhöhung sieht sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins, wie er erklärt, wegen des **Anziehens der Mehlpreise** gezwungen.

Wir erleben hier wieder einmal eine Folge der glorreichen Zollpolitik, welche die hungernden Volksmassen aufs härteste belastet. Wann wird endlich Schluß mit dem Schielekurs gemacht?

Weiter vorstoßen!

Sozialdemokratische Versammlungswelle in Schleswig-Holstein

Kiel, 24. August. (Eig. Draht.) Schleswig-Holstein steht seit dem Tage des Volksentscheides unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Parole „Weiter vorstoßen!" In letzter Zeit haben zahlreiche überaus gutbesuchte Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden. So am Sonntag u. a. in Kiel, wo die Sozialdemokratie ihr 40jähriges Jubiläum feierte und das Mitglied des Parteivorstandes der SPD. Crispien, vor mehr als 15 000 Menschen sprechen konnte. In Rendsburg veranstaltet das Jungbanner ebenfalls eine große Kundgebung.

In Segeberg, wo das Jungbanner ebenfalls aufmarschiert war, kam es zu Zusammenstößen. Auf der Rückfahrt befindliche Reichsbannerleute wurden von den berüchtigten Arbeitsdienstleuten Artama mit Stangen, Knüppeln, Keulen und Mistforken beworfen. Die Polizei stellte die Personalien der Beteiligten fest.

Den Zustand der Reaktion beleuchtet die Tatsache, das in einer am Samstag in Heide abgehaltenen Gesellschaftsversammlung der Landvolk-Tageszeitung G.m.b.H. Itzehoe beschlossen wurde, die Zeitung, das Landvolk eingehen zu lassen.

Horden des Hasses und der Niedertracht

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wird am 26. August, dem Tage der 10jährigen Wiederkehr der Ermordung Erzbergers, an dessen Grab in Biberach einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife und der Inschrift „Dem Märtyrer der Republik" niederlegen lassen.

*

Die deutschnationale Partei gedenkt des Tages der Ermordung Erzbergers durch neue Schmähungen, sowohl des Toten, als auch des Zentrums. Ihre Pressestelle höhnt, daß in Biberach „einige Prominente, darunter Herr Joos, das Ende ihres einstigen Führers feiern", und sagt dann weiter: „Was sie da feiern, bleibt vorläufig ihr Geheimnis. Etwa die Versklavung Deutschlands usw.?"

Dazu bemerkt der Pressedienst der Zentrumspartei: „Diese Gehässigkeit und Boshaftigkeit ist ältestes Rüstzeug im Kampfe gegen Erzberger, das man heute noch für gut genug hält, um einen Toten im Grabe zu schmähen. Es versteht sich für den Sprachgebrauch, aber auch für die Einstellung der Deutschnationalen ganz von selbst, daß in der gleichen Notiz Erzberger als Schädling bezeichnet wird, ein Wort, das man in die Köpfe unreifer Menschen hineinhämmerte, bis sie fanatisiert zu dem Revolver griffen.

*

Es ist tief traurig, daß in solchen bitter ernsten Stunden derartige Gehässigkeiten noch parteiamtlich als „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei" plakatiert werden können. Diejenigen, die so etwas schreiben, und etwas derartiges dulden, sprechen über ihre Handlungsweise und über ihre Gesinnung selber das Urteil.

Das bayerische Uniformverbot rechtsgültig

WTB. München, 24. Aug. Das vom Staatsministerium des Innern mit Zustimmung des Gesamtministeriums am 10. Juli d. J. erlassene Uniformverbot ist durch Beschluß des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 12. August 1931 als rechtsgültig anerkannt worden. Die gegen diesen Erlaß von der NSDAP. eingelegte Beschwerde ist durch den bezeichneten Beschluß kostenpflichtig abgelehnt worden.

Hitler wirbt Auslandsdeutsche

Zürich, 24. Aug. (Eig. Draht.) Das sozialdemokratische Züricher Volksrecht berichtet, daß sich in Zürich ein Sekretariat und eine Propagandabüro der deutschen Nationalsozialisten aufgetan hat. An seiner Spitze steht ein deutscher Leutnant a. D. Max v. Morstadt, der vom Braunen Haus nach Zürich delegiert worden sei. Für die nächste Zeit sei ein großer Werbefeldzug, insbesondere unter den in der Schweiz lebenden Reichsdeutschen beabsichtigt.

Der Hugenberg-Konzern dementiert

CNB. Berlin, 24. Aug. Zu den Behauptungen eines Montagsblattes über die Kreditbeziehungen Dr. Hugenbergs und der UFA zur Danatbank wird vom Scherl-Konzern erklärt, daß weder der Scherl-Konzern, die Ufa, Dr. Hugenberg, noch ein sonstiges Dr. Hugenberg nahestehendes Unternehmen bei der Danatbank einen Kredit von 25 Millionen Mark in Anspruch genommen habe. Ferner habe weder Dr. Hugenberg einen persönlichen Kredit von 15 Millionen Mark bei der Danatbank aufgenommen, noch schulde die Ufa dieser Bank einen Betrag von zehn Millionen Reichsmark. Ferner wird die Behauptung vom Scherl-Konzern dementiert, die Ufa habe für Dr. Hugenberg oder für ein Dr. Hugenberg nahestehendes Unternehmen bei einer Bank eine Bürgschaft übernommen.

Ausgangsverbot für Scheringer

Berlin, 25. Aug. Die Leitung der Strafanstalt Gollnow hat, wie die Vossische Zeitung berichtet, über den früheren Leutnant Scheringer, gegen den ein neues Hochverratsverfahren schwebt, ein vierzehntägiges Ausgangsverbot verhängt. Scheringer hat seinen Nachmittagsurlaub, während dessen er sich innerhalb der Stadt Gollnow frei bewegen darf, dazu mißbraucht, mit dem Motorrad nach Stettin zu fahren.

Hitler und die Berliner Nazis

Der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler, der Donnerstag nacht in Berlin eingetroffen war, führte eine Reihe von organisationspolitischen Besprechungen, die offenbar durch gewisse Vorgänge innerhalb des Gaues Berlin bedingt waren. Auch die Verhältnisse, die zu dem neuen Verbot des Angriff wegen der falschen Nachricht über Reichsbannerschuld am Jüterboger Attentat geführt haben, dürften nach Ansicht des Blattes, hierbei eine Rolle gespielt haben.

Krakehler vor Remarque-Film

In Ulm kam es anläßlich der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues" an verschiedenen Stellen der inneren Stadt zu größeren bedrohlichen Menschenansammlungen. Die Besucher des Films wurden beschimpft und tätlich angegriffen. Die Polizeibereitschaft mußte in der Nähe des Filmpalastes und auf dem Münsterplatz wiederholt eingreifen. Etwa 25 Personen wurden zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. Die Krawallmacher waren blutjunge Burschen, die von gewissenlosen Hetzern aufgewiegelt worden waren.

Zum 10. Todestage Erzbergers

Von Philipp Scheidemann

Seit der Ermordung Erzbergers am 26. August 1921 sind zehn Jahre vergangen. Bei dem Gedanken an jenen ebenso feigen wie grausigen Mord werden Erinnerungen lebendig, die in mancher Beziehung an die gegenwärtige Situation erinnern. Erzberger war als Politiker viele Jahre hindurch eine uns Sozialdemokraten nicht übermäßig sympathische Erscheinung — warum auch hätten wir päpstlicher sein sollen als der Papst, warum hätten wir ihn freundlicher behandeln sollen als sein Parteichef Peter Spahn? Aber der korrumpierte Mensch und Landesverräter, als den ihn die nationalsozialistischen Mordhetzer und Mordbuben hinzustellen bemüht waren und noch sind, ist er nicht gewesen. Erzberger, der 1903 zum ersten Male in den Reichstag gewählt wurde, hat uns Sozialdemokraten zunächst in heftiger Weise bekämpft. Immer mehr aber lernte er unsere Bewegung verstehen und mit dem wachsenden Verständnis nahm auch seine Objektivität zu.

Ausdrückliche Anerkennung verdient der bewundernswerte Fleiß, mit dem er an die parlamentarische Arbeit ging. Mit Recht konnte er bald als einer der besten Etatkenner angesprochen werden.

Wie Stresemann, so gehörte auch Erzberger bald nach Ausbruch des Krieges zu den **eifrigsten Eroberern.** Beiden war kein Eroberungsziel zu weit gesteckt. Wie Stresemann, der ein deutsches Gibraltar verlangte und deshalb einen deutschen Diktierfrieden ersehnte, der die Möglichkeit schaffen sollte „fremdes Gebiet uns anzueignen", so hatte Erzberger schon sehr frühzeitig seine Thronanwärter für die Randstaaten im Osten, die er den Russen nehmen wollte, zur Hand. Erzberger und Stresemann unterscheiden sich freilich darin, daß der erstere wie ein politisches Eichhörnchen von Ast zu Ast hüpfte und seine Forderungen änderte, je nachdem die Nachrichten von den Kriegsschauplätzen mehr oder weniger günstig lauteten, während Stresemann feste blieb in seinen Eroberungsforderungen und selbst im Zusammenbruch noch die Frage diskutieren wollte, ob man nicht wenigstens im Osten ein wenig annektieren könnte. Erzberger war im Sommer 1917 zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Krieg verloren sei und daß deshalb — wie wir Sozialdemokraten das längst verlangt hatten — eine Verständigung mit den Feinden gesucht werden müßte, um zu retten, was noch zu retten sei. Stresemann, der wie gesagt, am Grabe des Kaiserreichs noch allerlei Hoffnungen aufpflanzte, wälzte der Verständigungs- und Versöhnungspolitik, die er später selbst mit Eifer und Geschick verfocht, Steine über Steine in den Weg — bis zum Jahre 1923!

Wir Sozialdemokraten haben beiden Männern ihr Verhalten nicht nachgetragen, uns vielmehr gefreut, daß sie, wenn auch spät, die Politik **durch ihr eigenes Tun als richtig anerkannt haben,** die wir Sozialdemokraten im Kriege und nach dem Zusammenbruch vertreten hatten.

Die **Oberste Heeresleitung** hatte am 28. September 1918 urplötzlich vom Reichskanzler die Vermittlung eines **Waffenstillstandes** und des Friedens bei dem amerikanischen Präsidenten Wilson verlangt. Selbstverständlich sträubte sich der Reichskanzler gegen diese ebenso kategorische wie **katastrophale** Forderung und verlangte eine kleine Pause, um die politische Atmosphäre erst ein wenig zu bereinigen, also eine uns günstigere Situation vorbereiten zu können. Selbst diese notwendige kleinste Zeitspanne versagte die Oberste Heeresleitung dem Kanzler; denn so ließ sie ihm sagen: **„48 Stunden kann die Armee nicht mehr warten!"**

Dabei kam alles ins Wanken, von einer Verständigung konnte nun nicht mehr die Rede sein; denn wer verständigt sich noch mit einem der bereits am Boden liegt und um Hilfe schreit!

Der **Waffenstillstandskommission** gehörte neben hohen Offizieren auch Erzberger als Staatssekretär an. Die Nationalisten aller Couleur werfen ihm heute noch vor, daß er durch seine Zustimmung zu den Bedingungen des französischen Generals Foch das Vaterland wehrlos gemacht habe. **Das ist eine Verleumdung.** Sämtliche Mitglieder der Waffenstillstandskommission waren über die Forderung Fochs entsetzt, unterrichteten den Feldmarschall **von Hindenburg** telegraphisch genau und vereinbarten Verhaltungsmaßregeln. Hindenburg regte an, bei einigen näher bezeichneten Forderungen auf Milderung zu dringen, aber **dennoch zu unterzeichnen, wenn Milderungen nicht zugestanden werden sollten.** Wenn man angesichts dieser unerschütterlich feststehenden Tatsachen Erzberger dennoch des Landesverrats beschuldigte und damit politisch unreife Menschen aufputschte, so war das eine Niedertracht von ungewöhnlicher Gewissenlosigkeit. Bei den **Verhandlungen** über das **Versailler Diktat** im Kabinett und in den Fraktionen der Nationalversammlung hat Erzberger eine große Rolle gespielt. Während er zunächst die Vermutung aufkommen ließ, daß er gegen die Annahme des Diktats sei, wurde er bald zurückhaltender, um schließlich energisch **für die Annahme** zu wirken. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Erzberger, ebenso wie die übrigen Kabinettsmitglieder, schwer mit sich gerungen hat, bevor er zu einem **Ja,** andere, freilich nur eine Minderheit zu einem Nein sich entschieden.

Die Hetze gegen Erzberger nahm schließlich einen Umfang und Formen an, die bis dahin in Deutschland unbekannt gewesen waren. Den Höhepunkt erreichte die Hetze, als der **deutschnationale** Abgeordnete **Helfferich** Erzberger der Korruption zieh und in einem von Helfferich sehr sorgsam, von dem seiner Sache absolut sicheren Erzberger aber gar nicht vorbereiteten Prozeß die Stimmung gegen den gehaßten Mann zur Gluthitze angefacht wurde. Nach vielen vorausgegangenen Anpöbeleien trafen ihn die Kugeln der feigen Meuchelmörder am 26. August 1921, bei Griesbach im Schwarzwald, als er zur Erholung in seiner schwäbischen Heimat weilte. Seine Mörder sind bekannt, aber man kann sie nicht zur Rechenschaft ziehen; von ihren „nationalen" Mordfreunden wohl versorgt, leben sie unbehelligt in Ungarn.

Mag Erzberger Fehler gemacht haben — welcher Politiker könnte davon freigesprochen werden! — Aber auch er war ein Mann, der seinem Vaterlande dienen und nützen wollte. Riesengroß steht er da im Vergleich zu all den erbärmlichen „nationalen" Wichten, die ihn begeifert, verleumdet und schließlich gemordet haben.

So oft wir im Reichstag, im Haushalts-Ausschuß, in zahllosen parlamentarischen Konferenzen, später im Kabinett des Prinzen Max und in der ersten republikanischen Reichsregierung die Klingen gekreuzt haben; so weit unsere Anschauungen vielfach auseinander gingen — er war immer **ein Gegner, der Achtung verdiente.** Als er in des Lebens Vollkraft war, als er politisch ausgereift und ausgeglichener in seinem ganzen Wesen war, wurde er gemordet. Nicht nur seine Partei, **auch das Vaterland verlor ihn,** der ein **überzeugter Republikaner** geworden war, **viel zu früh. Sein Name** wird in der Geschichte des Krieges und der revolutionären Umgestaltung Deutschlands für alle Zeit **fortleben.**

Haß übers Grab hinaus

Die Sächsische Bauernzeitung ist das Organ des ebenso christlichen wie sittlichen und nationalen Sächsischen Landbundes. In diesem frommen Blatt war viele Jahre nach der Ermordung Erzbergers noch folgendes Inserat zu lesen:

„Aus meiner Stammzucht reinrassiger Cornwall (großes, schwarzes Schwein mit Schlappohren) gebe ab meinen berühmten Zuchteber — Erzberger II
zirka 3 Zentner schwer . . .
Rittergut Schmochtitz bei Bautzen.

Als Beispiel für die Gemeinheiten, mit denen Erzberger bedacht worden ist, sollte man dieses Inserat des Ritterguts Schmochtitz bei Bautzen nicht vergessen.

Wie steht's mit der Pensionsfrage?

Die zimperliche Reichsregierung

Gegenüber dem scharfen Drängen der sozialdemokratischen Presse auf Herabsetzung der großen Pensionen wird nunmehr amtlich durch WTB. folgende Verlautbarung herausgegeben:

In der letzten Zeit mehren sich die Pressestimmen, die der Reichsregierung den Vorwurf machen, sie habe in der Frage der **Herabsetzung der hohen Pensionen** und der **Anrechnung von Nebeneinkünften auf die Pensionsbezüge** nicht das Erforderliche getan. Hierzu ist Folgendes zu bemerken:

Zunächst wurde durch das Reichsministergesetz vom 27. März 1930 bestimmt, daß der Reichskanzler und die **Reichsminister** keine Ministerpensionen, sondern **nur mehr ein Uebergangsgeld** erhalten sollen.

Sodann hat der Reichsfinanzminister mit Zustimmung der Reichsregierung am 31. August 1930 dem Reichsrat den Entwurf eines **Gesetzes über Kürzung von Versorgungsbezügen** (Pensionskürzungsgesetz) vorgelegt. Dieser Entwurf sieht eine Herabsetzung der hohen Pensionen und eine Anrechnung von Nebeneinkommen auf die Pensionen vor. Nach Annahme im Reichsrat ist der Entwurf am **2. Dezember 1930 dem Reichstag** zugegangen, der ihn am 9. und 10. Dezember in erster Lesung beraten und dem Haushaltsausschuß überwiesen hat. Zu einer Beratung im Haushaltausschuß ist es **nicht mehr gekommen.**

Hiernach kann keinesfalls behauptet werden, daß die Reichsregierung die Regelung dieser Frage verzögert hat; vielmehr ist ihr Entwurf im Reichstag stecken geblieben.

Angesichts der Schwierigkeiten, die in dieser Sache insofern liegen, falls ein Eingriff in verfassungsmäßig geschützte Rechte in Frage kommt, hält die Reichsregierung die Erledigung durch den **Reichstag** für zweckmäßig.

Wie zimperlich doch auf einmal die Reichsregierung sein kann. Sonst geht sie mit einem Federstrich durch „Notverordnung" über die wichtigsten Dinge zur Tagesordnung über bzw. gestaltet sie nach ihrem Ermessen. An die hohen Pensionen zu rütteln, das scheint sie jedoch nicht übers Herz zu bringen. Umsomehr muß hier Dampf gemacht werden; und zwar gehörig.

Verantwortungslosigkeit der Großindustrie

Der **Reichsverband der deutschen Industrie** hat durch ein sogenanntes **Wirtschaftsmemorandum** versucht, die bevorstehenden Beschlüsse des Reichskabinetts zu beeinflussen.

Der Reichsverband hat dieses Mal, entgegen seiner Gewohnheit, darauf verzichtet, seine Darlegungen der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Vielleicht hat er das durchaus richtige Gefühl, daß die Oeffentlichkeit die Nase von den Programmen des Reichsverbandes voll hat. Auch in dem neuen Memorandum wird, wie man aus einer Veröffentlichung der Kölnischen Zeitung erfährt, wieder von einer **„organischen Senkung der Selbstkosten"** gesprochen werden. Darunter versteht der Reichsverband seit altersher einen **weiteren Lohn- und Gehaltsabbau,** natürlich nicht bei den schwerbezahlten Generaldirektoren, sondern nur bei Angestellten und Arbeitern, deren Einkommen schon über die Grenze des Möglichen gekürzt ist. Die alten Methoden sollen also weitergetrieben werden: man **kürzt die Löhne** der breiten Massen und wundert sich dann nachher, daß die **Wirtschaft keinen Absatz** mehr hat.

Wir trauen dem Reichskabinett so viel Logik zu, daß es das Wirtschaftsmemorandum der Industrie kurzerhand zu den Akten legt. Es ist ein Schriftstück von einer derartigen **Frivolität und Verantwortungslosigkeit,** die man in unserer kritischen Zeit nicht für möglich halten sollte.

Bayerischer Vorstoß gegen Einheitspläne

Ministerpräsident Held in Tuntenhausen

Der bayerische Ministerpräsident Held beschäftigte sich heute in einer Rede auf der 62. Generalversammlung der Bayerischen patriotischen Bauern in Tuntenhausen in 1½stündigen Ausführungen mit den innerpolitischen Gegenwartsproblemen, wobei er u. a. ausführte, die Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden habe Formen angenommen, die unbedingt zum Verderben führen müßten. Das Reich habe Gehaltserhöhungen der Beamten diktiert, habe den Ländern dazu die Mittel versprochen aber nicht geleistet. Heute noch habe Bayern seine Postforderungen an das Reich gut. Es hätte 50 Millionen aus den Vorzugsaktien der Reichsbahn zu beanspruchen gehabt, hätte 50 Millionen Abfindungen versprochen bekommen für die Reichsbahn, als die Ueberweisungen um 100 Millionen gekürzt wurden, bekommen hätte Bayern aber nichts. Das ganze Ueberweisungssystem führe dazu, daß der Abfluß des Geldes aus den einzelnen Teilen des Reiches nach Berlin immer größer werde und die Wirtschaft, je weiter sie von der Zentrale Berlin entfernt sei, desto mehr hungere. Zwei Lehren könne man aus den Juliverhältnissen ziehen: das Produktionssystem sei nicht zu halten, die **Einrichtungen der Länder,** soweit sie noch bestehen, müßten unter allen Umständen erhalten werden. Innenpolitisch wäre man besser daran, wenn die Zentralisation nicht so weit fortgeschritten wäre. Wenn Preußen, wie jetzt vorgeschlagen, an das Reich übergehe, **gehe** in Wirklichkeit das Reich an Preußen über. Dagegen würden sich die Süddeutschen mit allen Kräften wehren.

Weiter wies Dr. Held darauf hin, daß die Einnahmen aus den **bayerischen Forsten** um 14 Millionen RM. zurückgegangen seien, was auf den Rapollovertrag und die im Zusammenhang hiermit zustande gebrachten Kontrakte zwischen der deutschen Papier- und Zelluloseindustrie und Rußland zurückzuführen sei. Dem Reichsfinanzminister Dietrich machte Dr. Held den Vorwurf, daß er Politik gegen die Länder betreibe. Der bayerische Etat werde trotz Verkürzungen 10 bis 12 Millionen aus Eigenem heraus schaffen müssen und zwar durch neue Einnahmen. Er sei überzeugt, daß **weitere Beamtengehaltskürzungen** eintreten müßten. Aber Bayern werde für das Reich niemals den Vorreiter machen. Wer die Steuern zentralisiert habe, der könne nicht erwarten, daß ihm die Opfer der Zentralisation Unangenehmes zuerst abnehmen. Dr. Held wandte sich dann gegen die Darstellung des Reichsinnenministers, als ob die Länderkonferenzen mit der Verreichlichung der Justiz einverstanden gewesen sei. Wenn die Reichsreform im Sinne der **Einheitsstaatler** gelöst werde, werde sofort die **Mainlinie** aufgerissen, wenn auch nicht durch die bayerische Staatsregierung. Solange er an der Spitze des bayerischen Staates stehe, werde er **nicht zulassen,** daß Norddeutsche darüber zu bestimmen **haben,** was mit Bayern geschieht.

Gewerkschaftliches

Kampffront der Textilarbeiter

Abschluß der Berliner Tagung

Der **Berliner Internationale Textilarbeiterkongreß** hat seine Arbeiten **abgeschlossen** und damit eine Tagung beendet, die für die Textilarbeiterbewegung Europas ein Schritt vorwärts bedeutet. Klärung und Kräftigung — sie sind der moralische Gewinn der Tagung. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer **Reihe beachtenswerter Willenserklärungen** zusammengefaßt. An der Spitze dieser Willenserklärungen steht ein **Aufruf an die Textilarbeiter- und -arbeiterinnen aller Länder.** Der Aufruf hat u. a. folgenden Wortlaut:

„Der 13. Internationale Textilarbeiterkongreß hat sein Augenmerk ganz besonders der Arbeitszeit und den Löhnen der Textilarbeiter sowie der **Rationalisierung** in der Textilindustrie zugewendet und die entsprechenden Beschlüsse gefaßt. Hinsichtlich der Rationalisierung ist der Kongreß zu der Auffassung gekommen, daß die organisierten Textilarbeiter diese ebenso wenig verhindern können, wie die Arbeiter vor Jahrzehnten die Einführung und Verwendung der Maschine aufhalten konnten. Um aber die Folgewirkungen dieser neuen Methode der Betriebsführung, der **Arbeitslosigkeit,** der **Kurzarbeit** und dem **Lohndruck** entgegenzuwirken, fordert der Kongreß die **Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich.**

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine weitgehende Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Textilarbeiter und eine Aenderung der bestehenden Wirtschaftsordnung nur durch **den Ausbau der Organisationen** und die **Verbreiterung der internationalen Kampffront der Textilarbeiter** zu erreichen ist, beauftragt der Kongreß die zuständigen Instanzen, alles geeignet Erscheinende zu tun, um die noch nicht angeschlossenen Textilarbeiterorganisationen, soweit sie die Grundsätze des Internationalen Gewerkschaftsbundes anerkennen, zum Anschluß an die Textilinternationale zu bewegen.

Der Kongreß ist sich bewußt, daß er die Aufgaben, die er sich gestellt hat, nur erfüllen kann, wenn er dabei die **tatkräftige Unterstützung** der in den Textilbetrieben **Beschäftigten** findet. Er richtet daher mit Rücksicht auf den immer schwerer werdenden Existenzkampf der Arbeiterklasse an die organisierten Textilarbeiter die dringende Aufforderung, treu zur Organisation zu stehen und für ihre Ziele sowie für die Erhöhung der Zahl ihrer Mitglieder und ihres Einflusses zu wirken. Die Unorganisierten aber fordert er auf, sich den Organisationen anzuschließen und so zur Stärkung der internationalen Kampffront der Textilarbeiter beizutragen.

Durch Organisation und Einigkeit zum Sieg! Es lebe die internationale Solidarität der Textilarbeiter!"

In der **Lohnfrage** fordert der Kongreß eine **zuverlässige Lohnstatistik.** Den Landesorganisationen macht er zur Pflicht, den Kampffond auszubauen, um einen guten Ausgang kommender Kämpfe zu sichern. Eine Entschließung zur Frage der **Arbeitszeit** mißbilligt das System dauernder oder vorübergehender Ueberstunden. Das **Rationalisierungsproblem** wurde vom Kongreß noch in einer besonderen Entschließung beleuchtet. Er erklärt darin: Soweit durch Arbeitszeitverkürzung die jetzt vorhandene Arbeitslosigkeit nicht behoben werden könne, seien alle Verbände verpflichtet, innerhalb ihrer Länder für eine ausreichende öffentliche Arbeitslosenunterstützung einzutreten. Ebenso müßten sie jede übertriebene Arbeitsintensivierung bekämpfen.

Der nächste Internationale Textilarbeiterkongreß soll 1934 in der Schweiz stattfinden. Der Sitz der Textilarbeiterinternationale bleibt in London.

Samyn-Belgien, der am letzten Verhandlungstag die Beratungen leitete, führte aus: Wenn die Internationale in drei Jahren in der Schweiz zusammentrete, dann müsse ihre Mitgliederzahl, die jetzt 900 000 betrage, die erste Million überschritten haben. Ungarn müsse dann wieder angeschlossen und Italien vom Joch des Faschismus befreit sein. Das seien keine Utopien, sondern Möglichkeiten, wenn nur die Arbeiterbewegung erst einmal all ihre Kräfte zusammenfasse und geschlossen und einig unter den Fahnen des Friedens und des Sozialismus marschiere.

Die Bezahlung unvorhergesehener Ruhetage

Eine bemerkenswerte Entscheidung traf das Landesarbeitsgericht Berlin in der Frage der **Bezahlung unvorhergesehener Ruhetage.** Eine große Berliner Baufirma hatte, weil sie mit der Baupolizei in Schwierigkeiten geriet, auf einer ihrer Baustellen Facharbeiter aussetzen lassen. Es kam infolgedessen zur Klage. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, weil die Kläger ihre Dienste nicht besonders angeboten hätten. Das Landesarbeitsgericht dagegen gab der Klage statt.

Der Arbeitgeber kann nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts in solchen Fällen von den Arbeitnehmern nicht ein besonderes Angebot der Dienste fordern. Er muß im Gegenteil nachweisen, daß die Arbeiter mit der Unterbrechung ihrer Tätigkeit ohne Bezahlung einverstanden waren. Dieser Nachweis konnte nicht erbracht werden. Es handelte sich im vorliegenden Fall um eine Betriebsstockung organisatorischer Art, für die eine besondere Verkehrsübung im Baugewerbe nicht festgelegt werden konnte. Bei einer Unterbrechung von wenig mehr als einer Woche und bei der verhältnismäßig geringen Zahl der betroffenen Arbeiter konnte dem Arbeitgeber die Weiterzahlung des Lohnes durchaus zugemutet werden.

Die Tarife für die Angestellten des Ruhrbergbaues verlängert

* **Essen,** 24. August. Nachdem bereits im Juli unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Dr. Brahn, zwischen dem Zechenverband und den Angestelltenorganisationen eine Vereinbarung getroffen wurde, in Anbetracht der ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse die Gehalts- und Rahmentarifverträge für die kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues für einen Monat zu verlängern, teilt der Zechenverband nun den Gewerkschaften mit, daß er bereit sei, die bestehenden Gehalts- und Rahmentarifverträge um einen weiteren Monat, bis zum 31. Aug., unverändert bestehen zu lassen.

Verschärfte Betriebseinschränkung bei Daimler

Stuttgart, 24. August (Eig. Meldg.) Infolge des schlechten Geschäftsganges in der Autoindustrie wurde im Daimlerbetrieb schon vor zwei Wochen die wöchentliche Arbeitszeit auf 32 Stunden reduziert. Nunmehr ist sie im Hauptbetrieb sogar auf **16 Stunden verkürzt worden,** und die Belegschaft mußte sich damit einverstanden erklären, da die Direktion sonst 1000 Mann entlassen hätte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Bezirk Stuttgart

Für die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. wurden im Bezirk folgende Stimmen abgegeben: Schulenburg Gustav, Karlsruhe, 6430; Brümmer Hans, Stuttgart, 5901; Pöhler Rudolf, Pforzheim, 5250; Fischer Karl, Ludwigshafen, 4445; Fleck Fritz, Tuttlingen, 4180; Wittenmeier Wilhelm, Zweibrücken, 3587; Hildenbrand Franz, Singen, 2742; Gerlinger Leonhard, Ulm, 2704. Von den vorgeschlagenen Kandidaten sind infolgedessen gewählt: Schulenburg, Karlsruhe; Brümmer, Stuttgart; Pöhler, Pforzheim; Fischer, Ludwigshafen und Fleck Tuttlingen.

Kritische Lage im belgischen Bergbau

Brüssel, 24. Aug. Am Sonntag befaßte sich in Brüssel ein außerordentlicher Kongreß des belgischen Bergarbeiterverbandes mit der überaus **kritischen Lage der belgischen Kohlenindustrie.** Akut ist die Krise geworden durch den Beschluß der Zechenherren, die Tarifverträge zum 1. September zu kündigen, um dann freie Hand zu haben zu **beliebigen Lohnreduzierungen.** Die Stimmung aus dem Kongreß war eine überaus gereizte. Die Haldenbestände belaufen sich auf über 3½ Millionen Tonnen, eine in Belgien bisher noch nicht bekannte Menge. Schon heute wird in den belgischen Gruben durchweg nur noch Kurzarbeit geleistet. Wenn das so weiter geht, droht **Massenarbeitslosigkeit.**

In der Aussprache spielten die Kohleneinfuhr aus Deutschland, die in letzter Zeit stark zugenommen hat, eine große Rolle, ebenso die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der belgischen Regierung und dem deutschen Kohlensyndikat, die das Ziel verfolgen, die Einfuhr von etwa 2 Millionen Tonnen belgischer Kohle nach Deutschland zu gestatten. Der Kongreß faßte einstimmig zwei Entschließungen: 1. Für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen der belgischen Regierung und dem deutschen Kohlensyndikat zu keinem Ergebnis führen, wird die Regierung aufgefordert, die Einführung ausländischer Kohle mit einem Schutzzoll zu belegen. 2. Was die Kündigung der Tarifverträge durch die Zechenherren anbetrifft, so beschließt der Kongreß, innerhalb 14 Tagen eine Urabstimmung der Bergarbeiter des ganzen Landes darüber vorzunehmen, ob der Generalstreik proklamiert werden soll. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Arbeiterschaft muß mit Bestimmtheit mit einem Streikbeschluß gerechnet werden, sofern die ganze Lage sich in den nächsten Tagen nicht wesentlich ändern sollte.

156 Geburtstagskerzen!

Zaro Agha und die Folgen – Onkel Sam hat ein neues Spiel erfunden

London, 20. August. (Eig. Bericht.)

Der aus der Türkei stammende Zaro Agha, der wohl der älteste Mensch der Welt sein dürfte, feierte in einem kleinen englischen Zirkus seinen 156. (?) Geburtstag. Zaro Agha reist nämlich zur Zeit mit einer „Show" durch Groß-Britannien; dem Zirkusdirektor, der sich ihn als Attraktion verschrieben hat, macht er eine volle Kasse und dem Publikum — Vergnügen, denn Zaro Agha ist trotz seines Alters recht witzig und nicht nur an Jahren, sondern auch geistig auf der Höhe. Anläßlich der Feier seines Geburtstages brannten auf seinem Gabentisch 156 Kerzen. Natürlich gab es auch einen großen Geburstagskuchen. Er zeigte in Zuckerguß allerhand kleine Darstellungen aus dem Zirkusleben.

Wenn Zaro Agha seine englische Rundreise beendet hat, wird er sich auch den Deutschen vorstellen. Die Amerikaner haben ihn schon ausgiebig betrachtet, und — studiert. Es ist für das Land jenseits des Ozeans geradezu selbstverständlich, daß das Alter des Greises kühnen Forschern zum Objekt von Untersuchungen über die Lebensverlängerung dienen mußte, die ja schließlich auf Grund des Spruches „Zeit ist Geld" auch was wert ist.

Rechnen: sehr gut!

Was mögen die Ursachen sein — fragten sich angesichts Zaro Aghas die gelehrten Herren Amerikas — die einen Menschen über ein so hohes Alter hinaus am Leben erhalten? Und ihre monatelangen Nachforschungen über die Mittel zur Lebensverlängerung zeitigten folgende Ergebnisse:

1. Die Heirat verlängert das Leben um 10,5 Jahre (Grund: regelmäßige Lebensweise); 2. Nichtrauchen verlängert das Leben um 12,3 Jahre (Grund: Schonung des Herzens, der Nerven und der Blutgefäße); 3. Abstinenz bewirkt eine Lebensverlängerung von 9,7 Jahren; 4. Vormitternachtsschlaf von 11,5 Jahren; 5. Frühaufstehen von 13,8 Jahren; 6. vegetarische Nahrung von 14,8 Jahren; 7. Milch, Kefir, Jogburt von 12,3 Jahren; 8. ruhige Arbeitsweise von 8,7 Jahren; 9. Nichtstun von 14,3 Jahren; 10. Sporttreiben von 11,8 Jahren; 11. Vermeiden von Glücksspielen und Spekulationen von 6,4 Jahren.

Eine einfache Addition ergibt, daß ein Mensch, der sein Leben nach diesen Regeln einrichtet, etwa **126 Jahre über das menschliche Durchschnittsalter hinaus leben** müßte. Frage: Wie lange lebt ein Mensch, der sich das Gegenteil dieser Vorschriften zur Lebensgrundlage gemacht hat?

Anderthalb Mann und eineinviertel Frau

Im übrigen hat der amerikanische Besuch Zaro Aghas der Zahlenleidenschaft der Yankees, die auf eine gewisse primitive Lebenseinstellung zurückzuführen ist, neuen Anstoß gegeben. Was auf dem Gebiete in Amerika geleistet wird, das spottet allen europäischen Vorstellungen über den Begriff der Zahlenmystik. So erfahren wir z. B. durch die Angaben der amerikanischen statistischen Aemter, daß das teuerste Terrain in Amerika, auf dem Manhattan, pro 3 qcm 1 Dollar kostet, daß in dem Neuyorker Zentralpark täglich nachts 33 500 Menschen schlafen (was allerdings nicht nur vom nüchtern statistischen Standpunkt aus interessant ist!), daß sich von der 92 Fuß hohen Hochbahn in Neuyork durchschnittlich jeden Tag 1½ Mann und 1¼ Frau „freiwillig" in den Tod stürzen, daß es in Neuyork 11 240 Personen gibt, die vom sogenannten Racheteering, d. h. Erpressungen an Geschäftsleuten, leben, daß Neuyork ein Viertel besitzt, wo jeden zweiten Tag ein Polizist erschossen wird, und ein anderes, wo durchschnittlich jede Nacht sieben Einbrüche verübt werden.

„Wissenschaft".

Das sind immerhin Statistiken. Aber in einem Staat, in dem alles Irdische und Spirituelle mit klingenden Geldwerten abgewogen wird, müssen sich auch die Wissenschaftler diesen Ansichten anpassen. Denn mit irgend etwas muß doch die Exaktheit ihrer Arbeiten dokumentiert werden, und wie soll dies anders geschehen, wenn nicht mittels Zahlen. So scheute z. B. die Fordham-University-Laboratorium die Mühe nicht, mikroskopisch festzustellen, daß jede einzelne Briefmarke nach dem Anfeuchten mit Speichel von nicht weniger als 1653 Diphtherie- und Tuberkelbakterien-Herden belagert ist. Es wurde weiterhin festgestellt, daß im Staate Texas die Pelikane jährlich 8 360 000 Fische vertilgen, daß es in ganz Amerika 43 750 Leute gibt, die 6 Fuß (1,90 Meter) Höhe überschreiten. Ein Chemiker schätzte den Wert der in einem Menschen vorhandenen Säuren und Salze auf 98 Cents. Die Untersuchungen einiger Nationalökonomen haben den Wert eines Säuglings mit 9333 Dollars, den eines 18jährigen Menschen mit 21 000, den eines 22jährigen mit 26 500 Dollars festgesetzt. Ein 50jähriger hat jedoch infolge seiner schwindenden Arbeitskräfte nur noch 17 500, ein 60jähriger 8500 Dollars Wert. Und 10 Jahre später, wenn sich das Kapital „amortisiert" hat, bedeutet er als Wertobjekt gleich Null und kann ganz einfach abgeschrieben werden. Der Wert der Frau wurde von denselben Forschern auf die Hälfte dessen des Mannes, und wenn sie sich verheiratet, d. h. in „Betrieb" gesetzt wird, dem Staate neue Bürger, d. h. neue Arbeitswerte zu geben, auf 75 v. H. des Mannes geschätzt . . .

Aus dem Gerichtssaal

Die nächste Schwurgerichtsperiode des Karlsruher Schwurgerichts beginnt am Montag, 7. September.

Freistaat Baden

Verband Badischer Gemeinden zum Gutachten der Sparkommission

Der Verband Badischer Gemeinden hat im August dem Badischen Landtag eine Eingabe zugehen lassen, in der er sich mit der vorgeschlagenen Reform der Sparkommission beschäftigt und seinerseits dem Landtag Vorschläge unterbreitet, die dem Gutachten der Sparkommission entgegenstehen. Diese Eingabe wird jetzt der Oeffentlichkeit vorgelegt. Zunächst beschäftigt sich der Verband Badischer Gemeinden mit der im Gutachten vorgeschlagenen Verwaltungsreform. Er hält den Vorschlag der Sparkommission für ganz unmöglich und für einen mehr als bedauerlichen Rückschritt. Nach Auffassung des Verbandes müssen die staatlichen Bezirksbehörden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben, damit die Bewohner nicht übermäßig große zeitraubende und kostspielige Reisen zu den Behördensitzen zu machen haben.

Der Verband Badischer Gemeinden schlägt vor, die Zahl der Kreise nicht auf 27 zu erhöhen, sondern von 11 auf etwa 4 zu vermindern. Dieser Vorschlag findet eine eingehende Begründung, die darin gipfelt, daß die Glieder des Verbandes ihre Pflichtaufgaben nur erfüllen können, wenn sie der Allgemeinheit gegenüber in ihrer Wirksamkeit nicht behindert werden. Auf dem Gebiete der gehobenen Fürsorge unterstreicht die Eingabe den Standpunkt, den der Reichssparkommissar für Thüringen eingenommen hat und der die Notwendigkeit einer individualistischen Behandlung dieses Zweiges der öffentlichen Verwaltung hervorhebt und unterstreicht.

Die vorgeschlagene Aufhebung von Amtsgerichten und Notariaten hält der Verband Badischer Gemeinden für abwegig. Er stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die gegenwärtigen staatlichen Bezirksstellen erhalten werden müssen, damit nicht zugleich weitere Bezirke verödet, vernachlässigt und geschädigt werden. Auch die Uebertragung der Grundbuchämter auf die Amtsgerichte hält die Eingabe für verfehlt. Hinsichtlich des Schulwesens wird auf das württembergische und schweizerische Muster hingewiesen, auf das im Spargutachten keinerlei Rücksicht genommen worden sei. Dies gilt einerseits für die Volks- und Fortbildungsschulen, für die Gewerbe- und Handelsschulen als auch allgemein für die höheren Schulen. Die einzelnen in der Eingabe vorgebrachten Begründungen enthalten eine Fülle interessanter Belege und interessanten Materials. Die Eingabe kommt nach Darlegung aller ihrer Argumente zu dem Schluß, daß das badische Spargutachten in seiner jetzigen Form als Grundlage für die große Verwaltungsreform nicht dienen kann. Es liefere zwar in mancher Hinsicht recht wertvolle Anhaltspunkte, um Ersparnisse zu erzielen, in den großen Fragen der Bezirksverwaltungsreform habe es jedoch völlig versagt, weil alles Heil in erster Linie in der Beseitigung alteingelebter, bewährter und durchaus unentbehrlicher Einrichtungen gesucht werde.

Verbotener Stahlhelmtag am Bodensee

Der **Stahlhelm**, Gau Baden-Württemberg hat für den 29. August d. J. in Konstanz am Bodensee einen Stahlhelmtag angesagt, zu welchem Vertreter und Teilnehmer aus verschiedenen Teilen Deutschlands erscheinen wollen. Der Badische Minister des Innern hat deshalb für den Amtsbezirk Konstanz auf die Dauer von 2 Wochen, bis zum 6. September 1931, allen politischen Vereinigungen das Tragen von Uniformen mit sofortiger Wirkung verboten. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 bestraft.

Der Grund des Verbots ist darin zu suchen, daß es im Bezirk Konstanz in letzter Zeit zwischen politischen Gegnern zu sehr schlimmen Ausschreitungen gekommen ist und infolgedessen Erregung in der Bevölkerung besteht, die dann, wenn Uniformen politischer Verbände in Erscheinung treten, aufs neue angefacht werden könnte. In der gegenwärtigen ernsten Zeit sind derartige **Stahlhelmparaden nicht am Platze.**

Beschlagnahme des Berliner „Angriff" in Freiburg

DZ. **Freiburg i. Br.**, 24. Aug. Heute vormittag mußte aus dem Schaufenster des **Parteibüros der NSDAP.** die Zeitung **Der Angriff** polizeilich entfernt werden, weil der Inhalt geeignet war, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Aus aller Welt

Zugunfall im Duisburger Hauptbahnhof

Duisburg, 24. Aug. Im Duisburger Hauptbahnhof stieß heute abend gegen 22 Uhr ein Eilzug auf zwei Postwagen auf. Durch den Zusammenstoß wurden die beiden Postwagen ineinandergeschoben. Als Verletzte bei dem Unfall sind fünf Personen gemeldet worden. Es handelt sich bei diesen um zwei schwerer verletzte Postbeamten, von denen einer in Lebensgefahr schwebt. Drei leichter verletzte Reisende konnten nach der ersten Hilfeleistung ihre Fahrt fortsetzen.

Schwerer Betriebsunfall durch Ammoniakgas

Potsdam, 24. Aug. Mit dem Alarm „Ammoniakgase, Menschenleben in Gefahr" wurden am Montag vormittag sämtliche Mannschaften und Gerätewagen der Potsdamer Feuerwehr zur Konservenfabrik Zinnert AG. in der Holzmarktstraße gerufen. Nach Eintreffen der Wehr stellte sich heraus, daß eine Dichtungsscheibe an einer Kältemaschine undicht geworden war und so aus dem entstandenen Zwischenraum Ammoniakgase **in den Arbeitsraum** gedrungen war. Die Feuerwehr mußte mit Gasmasken vorgehen. **Acht Arbeiterinnen** und ein **Maschinenmeister** wurden **bewußtlos** in das Städt. Krankenhaus gebracht. Von den Feuerwehrleuten haben einige leichte Ammoniakgasvergiftungen erlitten.

Festnahme von fünf Kokainschmuggler

Köln, 25. Aug. Beamten der Kölner Kriminalpolizei gelang es, Montag, kurz vor Mitternacht, fünf Kokainschmuggler festzunehmen. Die Verhaftung geschah höchst unauffällig im Kölner Hauptbahnhof im Wartesaal 1. Klasse, vor dem Wartesaal und auch noch vor dem Hauptbahnhof, wo der von den Schmugglern benutzte Kraftwagen hielt, mit dem zwei der Verbrecher im letzten Augenblick zu entwischen suchten. Unter den Festgenommenen befinden sich vier Köln-Mülheimer, darunter auch ein junges Mädchen aus unbescholtener Familie.

Nachtbefeuerung im Berliner Zentralflughafen

Berlin, 24. Aug. Zum erstenmal wurde heute abend im Berliner Zentralflughafen die Nachtbefeuerung für die Junkers „G. 38 D. 2000", das größte deutsche Landflugzeug der Deutschen Lufthansa, entzündet, das im planmäßigen Streckenverkehr aus Königsberg hier eintraf.

Verhängnisvolle Kriegsspielerei

Stuttgart, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Ein Stuttgarter SS.-Sturm der Nationalsozialisten hatte mit einem Sommerfest, das er in einem Gartenrestaurant abhielt, auch ein Preisschießen mit 6-Millimeter-Gewehren verbunden. Als einer der Teilnehmer in vorschriftswidriger Weise sein Gewehr lud, krachte ein Schuß los und traf eine als Zuschauerin danebenstehende junge Frau, die sofort tot umsank. Der Schießstand war nicht genügend abgeschrankt, auch war die für das Preisschießen erforderliche polizeiliche Genehmigung nicht eingeholt worden. Die Polizei stellte den Tatbestand fest und das Sommerfest wurde sofort abgebrochen.

Muttermord und Selbstmord

Roßlau (Anhalt), 24. Aug. In seinem Jagdhaus in Streetz bei Roßlau erschoß gestern abend der Kaufmann Klaus Meißner aus Magdeburg seine Mutter mit einem Jagdgewehr, vermutlich mit ihrem Einverständnis. Darauf brachte er sich einen Schuß in den Kopf bei, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Eine Falschmünzerwerkstätte

Stuttgart, 24. Aug. (Eig. Meldg.) In **Schloßberg OA. Neresheim** wurde bei einem Schuhmacher eine Falschmünzerwerkstätte ausgehoben. Das bei ihm vorgefundene Material läßt erkennen, daß er 50-Pfennig- und Fünfmarkstücke herstellte oder herzustellen beabsichtigte. Werkzeug und Material, eine Drehbank, Galvanisieranlage, Metall und Säuren wurden beschlagnahmt und auf einem Lastauto weggeführt. Der elektrische Strom wurde offenbar der Leitung außerhalb des Zählers entnommen. Es wurden **mehrere Personen verhaftet**, die gemeinsam im Zuchthaus gesessen und dort den Plan zur Falschmünzerei ausgeheckt haben.

Mißbrauch des Begnadigungsrechtes bei einem Sittlichkeitsverbrechen

In **Hamburg** hat sich ein aufsehenerregender **Fall mißbräuchlicher Anwendung des Begnadigungsrechtes** zugetragen.

Im Juli 1929 wurde der Hamburger Architekt Vicenz wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, seine Frau erhielt drei Jahre Zuchthaus. Vicenz hat seine damals, 14jährige Stieftochter jahrelang mißbraucht und zwar mit Wissen und unter Duldung seiner Frau. Vor einigen Wochen wurden Vicenz und seine Frau von der hamburgischen Justizverwaltung plötzlich unter Umwandlung der Reststrafe in eine Geldstrafe von 20 000 Mark begnadigt und aus der Haft entlassen. Sie haben sich sofort ins Ausland begeben. Das Begnadigungsrecht steht in Hamburg an sich der Landesregierung zu. Es hat sich aber langsam der Brauch herausgebildet, daß ein besonderes Dezernat der Justizverwaltung die Gnadengesuche bearbeitet, die dann von der Justizverwaltung entschieden werden. Auf diesem Wege ist auch die Begnadigung der Vicenz erfolgt. Der Senat ist erst nach der Entlassung des Ehepaares von der Begnadigung in Kenntnis gesetzt worden.

Die Mehrheit des Senats — insbesondere seine sozialdemokratischen Mitglieder — hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie diese Begnadigung für einen **skandalösen Mißbrauch des Begnadigungsrechtes** hält. Auch das sozialdemokratische Hamburger Echo hat sehr nachdrücklich gegen die Begnadigung protestiert. Der Senat hat inzwischen Vorsorge getroffen, daß ein ähnlicher Mißbrauch des Begnadigungsrechtes nicht wieder vorkommt. Am Mittwoch wird der Fall wahrscheinlich in der Hamburger Bürgerschaft zur Sprache kommen. Es ist zu erwarten, daß der Senat von der Begnadigung abrückt.

Rennopfer

Weimar, 24. Aug. Das traditionelle Sleizer Dreiecks-Rennen, das am Sonntag stattfand, hat eine ganze Reihe von Opfern gefordert. Infolge des während des Rennens einsetzenden Regens stürzte zunächst der bekannte Fahrer Bolles. Er fuhr in die Zuschauermenge hinein. Eine Frau wurde schwer verletzt und mußte mit Brüchen an beiden Beinen in das Krankenhaus eingeliefert werden. Später kam der Münchener Bauhofer zum Sturz. Er trug leichte Beinverletzungen davon und mußte das Rennen aufgeben. Der Plauener Köstler erlitt bei einem Sturz eine schwere Lungenquetschung, der Plauener Korb eine schwere Brustquetschung. Der Chemnitzer Fahrer Schott fuhr gegen einen Baum und erlitt doppelte Beinbrüche. Das Rennen war von 120 000 Zuschauern besucht.

Ein Stück Mittelalter

DFV. Der sozialdemokratische Bamberger Freistaat veröffentlicht in diesen Tagen folgende erbauliche Zuschrift, die verdient, weitesten Kreisen bekannt zu werden:

In Gundelsheim bei Bamberg baut zur Zeit ein arbeitsloser Maurer für sich ein Wohnhaus. Da ihm der Staatszuschuß nicht auf einmal ausgehändigt wurde, bat er den Raiffeisenverein Memmelsdorf um einige hundert Mark Zwischenkredit. Nun scheint in diesem Raiffeisenverein der Pfarrer eine große Rolle zu spielen, denn der Maurer erhielt folgendes Schreiben:

„Seit Jahren liefern Sie keine Beichtzettel mehr ab. Wenn Sie den heuer nicht abliefern, erhalten Sie vom Darlehensverein kein Geld. Eier und Beichtzettelgeld schenke ich Ihnen.

gez. Kathol. Pfarramt: Schwemmer, Pfarrer.

13. Mai 1931.

Würde der geistliche **Drohbrief** nicht mit einem **Datum** versehen sein, so könnte man glauben, es handelt sich hier um ein „Kulturdokument" aus dem finstersten Mittelalter.

Geburtenabnahme

Im Jahre 1930 nahmen die Geburten gegen 1929 fast in allen **europäischen Ländern** wieder zu, nachdem 1929 die Grippeepidemie und die starke Kälte des Winters die Geburtenzahl allenthalben sehr herabgedrückt hatten. Eine alleinige **Ausnahme** machen **Deutschland** und **Norwegen**, deren Geburtenzahl 1930 **noch geringer** war **als** 1929. Die bisherigen Zahlen aus dem Jahre 1931 lassen erkennen, daß wir in Deutschland infolge der Wirtschaftskrise einem neuen Geburtensturz entgegensehen. Die Sterblichkeit war 1930 im allgemeinen recht günstig, infolgedessen auch der **Geburtenüberschuß**, der für ganz Europa auf 3,1 Millionen geschätzt werden kann.

Eisenbahnanschlag in der Oberpfalz

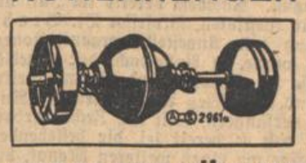
Von der Reichsbahndirektion Regensburg wird von einem neuerlichen Eisenbahnanschlag berichtet, der in der Nacht zum 24. August auf der Hauptbahnstrecke Regensburg—Hof zwischen den Bahnhöfen Rothenstein und Weiden verübt wurde. Unbekannte Täter hatten auf diesem Teil der Strecke eine Schwelle quer übers Gleis gelegt, die jedoch von einem Zuge erfaßt und zirka 2 Kilometer weit mitgeschleppt wurde. Dann wurde sie weggeschleudert, ohne daß irgend ein Schaden angerichtet worden wäre. Das Attentat ähnelt dem am 14. August begangenen, das gleichfalls ohne Schaden abging. Es wurde eine Belohnung von 1000 ℳ für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

AUGUST SCHAIER
Karlsruhe / Gegründet 1875
Fabrik: Roonstraße 24
Lagerplatz: Klauprechtstr. 9
Fernsprecher 435
Fenster-, Türen- und Möbelfabrik / Glaserei
Schaufenster-Anlagen / Laden-Einrichtungen

KARTELLFREI (zu reduzierten Preisen)
Kohlen, Koks, Briketts
liefert zu billigsten Preisen
MENZINGER-FENDEL
Transportgesellschaft m. b. H.
KOHLEN-ABTEILUNG
Karlsruhe-Rheinhafen
Telefon 5883, 4667 u. 4668

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!
Die eigenen Betriebe der Genossenschaften
und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine
befreien uns vom Preiszwang
der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß
jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten
und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke GEG wählen.
Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.

KÜHLSCHRÄNKE
KÜHLANLAGEN

ausgerüstet mit
ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS
Hermetisch geschlossen
Keine Explosions-Gefahr
Kein Gasentweichen
Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
kein Nachfüllen von Oel u. Kältemedium
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung
BROWN, BOVERI & Cie. A.G.
MANNHEIM
Abt. Kälte-Maschinen

Genossen, Genossinnen! Beachtet die Anzeigen im Volksfreund und tätigt darnach Eure Einkäufe

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

25. August.

1744 *Dichter J. G. v. Herder. — 1776 †Englischer Philosoph David Hume. — 1821 *Dichter Ludwig Pfau. — 1830 Revolution in Belgien. — 1836 †Mediziner Chr. W. Hufeland. — 1840 †Dichter Karl Immermann. — 1900 †Philosoph Friedr. Nietzsche. — 1925 Ruhrgebiet befreit.

Die Jagd nach der Stelle

Vor den Zeitungsgebäuden warten täglich immer eine Menge Menschen ohne Arbeit auf das Erscheinen der neuesten Nummer. Junge Mädchen — junge Burschen — Männer in den mittleren Jahren — ältere mit grauem Bart — Menschen in jedem Alter zwischen 14 und 60 Jahren. Jeder Beruf ist vertreten, vom Laufjungen bis zum ehemaligen höheren Angestellten.

Sie stehen und warten schon auf das Erscheinen des Blattes. Ruhig und geduldig — sie sind es gewohnt zu warten. Sobald aber die ersten frisch aus der Maschine gekommenen Zeitungen an den Schalter gelangen, werden sie unruhig. Schnell legen sie ihr Geld auf das Schalterbrett, vielleicht ihr letztes, nehmen die Zeitung und gehen hastig. Draußen schlagen sie die Zeitung auseinander und suchen unter der Rubrik „Offene Stellen". Haben sie etwas gefunden und sie haben die Adresse, dann geht es schnell per Rad oder im schnellen Gang zur angegebenen Stelle. Die Jagd beginnt.

Im Schweiß gebadet, fahren oder gehen sie. Jeder will der Erste sein und wie oft ist der Erste schon dort. Nach und nach kommen immer mehr, bald sind es ungefähr 40 Mann, die vorgelassen werden wollen. Vierzig Mann warten und einer kann nur der Glückliche sein, die andern aber werden um eine Hoffnung ärmer heimwärtsziehen und an den denken, der heute das Glück für sich hatte. Sie werden denken, ohne Neid zu empfinden, dieser eine hatte eben das Glück.

Mancher steht Tag für Tag vor dem Zeitungsgebäude und opfert seine paar Pfennige, wartet auf die neueste Nummer und jagt nach der Stelle. Aber er kann nur immer wieder Enttäuschungen sammeln bis zur Verzweiflung. Und in dieser Gesellschaft wird der Mensch gezwungen, unter elenden Bedingungen für sein Dasein zu kämpfen.

H. T.

Generalversammlung der Schaffergilde

Am 22. August fand die 4. ordentliche Generalversammlung der Schaffer-Gilde statt. Angesichts der Notlage, in der sich diese gemeinnützige Genossenschaft infolge der allgemeinen Wirtschaftsstockung befindet, hatte sich diesmal der größte Teil der Mitglieder eingefunden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberbürgermeister i. R. Siegrist, gab zunächst bekannt, daß Herr Dipl.-Ing. Mauritius sich durch Krankheit entschuldigt und sein Amt als Vorstandsmitglied niedergelegt habe, nachdem das zweite Mitglied des Vorstands, Herr Specht, diesen Schritt schon vor einigen Wochen getan hatte. Der Versammlung wurden auf Grund eines Berichts des Vorsitzenden über die bisherigen Maßnahmen zur Durchführung des eingeleiteten gerichtlichen Vergleichsverfahrens folgende Anträge unterbreitet: 1. Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Bilanz vom 31. Dezember 1930 und der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage der Gilde im Anschluß an die Tätigkeit des gerichtlich bestellten Bücherrevisors. 2. Abhaltung einer weiteren Generalversammlung zur Entgegennahme der Berichte dieses Ausschusses sowie des Revisors und zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen spätestens in 4 Wochen. 3. Bis dahin Belassung des vom Aufsichtsrat bestellten provisorischen Vorstands sowie des Aufsichtsrats in ihren Aemtern. 4. Ergänzung des Aufsichtsrats durch Wahl eines Ersatzmannes für ein ausgeschiedenes Mitglied. — Nach sachlicher Aussprache wurden diese Vorschläge einstimmig angenommen und ebenso die danach vorzunehmenden Wahlen vollzogen. Die weitere Erörterung der Lage der Gilde und etwa aufzuwerfender Schuldfragen aber der nächsten Generalversammlung vorbehalten. Zum Schlusse mahnte der Vorsitzende zu genossenschaftlichem Zusammenhalt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es so, wenn auch mit Opfern gelingen werde, die Schaffer-Gilde ihren gemeinnützigen Aufgaben zu erhalten.

Circus Busch: Der große Erfolg

Auch weiterhin die billigen Nachmittage!

Das unvergleichlich gute Programm des Zirkus Busch hat dem Unternehmen rasch die Gunst des Karlsruher Publikums erobert. Am Samstag wie am Sonntag fanden zwei Vorstellungen statt, die jeweils sehr gut besetzt waren.

Die starke Nachfrage hat die Direktion bewogen, auch in den nächsten Tagen nachmittags 3 Uhr je eine große, ungekürzte Nachmittagsvorstellung zu geben, die das vollständige Abendprogramm mit der sensationellen Wasserpantomime bringt. Zu diesen Nachmittagsvorstellungen zahlen nicht nur Kinder sondern auch Erwachsene halbe Preise.

Abends 8 Uhr finden täglich die großen Abendvorstellungen statt mit dem artistischen Spitzenprogramm, von dem Karlsruhe spricht.

*

Ausländische Studienreisende in Karlsruhe. Mehrfach wurde Karlsruhe in letzter Zeit von ausländischen Studienreisen berührt, wobei die Einrichtungen, Bauten und Sehenswürdigkeiten der badischen Landeshauptstadt zum Gegenstand eingehender Besichtigungen ausersehen waren. Vor allem sind es häufig Studierende der Universitäten und Hochschulen des Auslandes, die zum Besuch nach Karlsruhe kommen, um namentlich die Institute der Karlsruher „Fridericiana", der ältesten deutschen Technischen Hochschule, mit allen neuzeitlichen Laboratorien und Einrichtungen, wie u. a. auch Studentenhaus und Hochschulstadion, kennenzulernen. Erst kürzlich weilten zu diesem Zweck Professoren und Studenten der Technischen Hochschule Neapel in Karlsruhe. Am letzten Sonntag traf wiederum eine Reisegesellschaft von Studierenden französischer und belgischer Universitäten (Paris, St. Quentin, Lille usw.) in Karlsruhe ein, die daneben auch dem Stadtgarten und dem Rheinstrandbad einen Besuch abstatteten. Außer Stadtverwaltung und Verkehrsverein war auch die Akademische Auslandsstelle der hiesigen Hochschule bemüht, die Gäste während ihres Aufenthalts durch geeignete Führung, Verteilung von Orientierungs- und Werbeschriften usw. zu unterstützen.

Eine öffentliche Fernsprechstelle im Städt. Konzerthaus. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat auf Ansuchen der Stadt im westlichen Teil der Vorhalle des städtischen Konzerthauses eine öffentliche Fernsprechzelle aufstellen lassen unnd sie am 19. ds. Mts. zur allgemeinen Benützung gegen die übliche Gebühr freigegeben. Hiermit ist den Besuchern der Veranstaltungen im städtischen Konzerthaus (Sommeroperette, Lichtspiele u. ä.) jederzeit Gelegenheit gegeben, Telefongespräche ohne Zeitverlust zu erledigen.

Vergleichsverfahren. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Vieser in Karlsruhe wurde das Vergleichsverfahren eröffnet. Vergleichstermin am 17. September. — Ueber das Vermögen des Christoph Häfele in Karlsruhe, Zimmergeschäft, wurde ebenfalls das Vergleichsverfahren eröffnet. Termin am 16. September.

Medizinische Märchen

Drei Sorten medizinischer Märchen sind am häufigsten, und sie haben die Eigenschaft, sich ein wenig nach der Jahreszeit zu richten. Lediglich Nummer eins kommt zu allen Jahreszeiten vor.

Es wird jemand ermordet und, wie es häufig geschieht, die Augen der Leiche stehen offen. Der untersuchende Kriminalbeamte wird rechtzeitig auf diesen Umstand aufmerksam und läßte die Photographie der toten Augen anfertigen. Das Bild wird entwickelt und vergrößert und zeigt den letzten Bildeindruck, den der Erschlagene empfangen hat, nämlich das Mordzimmer und darin, die Waffe in der Hand, den Mörder, der nach dieser Photographie verhaftet wird und ein Geständnis ablegen muß, weil ihm angesichts solches Beweises ja schließlich nichts anderes übrigbleibt.

Wirklich sehr schön, diese Geschichte, nur ist kein Sterbenswörtchen davon wahr, wie einmal ein Augenarzt in einer speziellen Untersuchung einer derartigen Mär (es handelte sich um den Fall Angerstein) nachgewiesen hat. Das menschliche Auge ist zwar so gebaut, daß tatsächlich von einem Gegenstande, der betrachtet wird, sogar zwei Bilder entstehen, das eine verkleinert auf der spiegelnden Hornhaut außen, das andere innen auf der Netzhaut. Das Hornhautspiegelbild verschwindet natürlich im gleichen Moment, in dem der sich spiegelnde Gegenstand verschwindet. Das andere ist allerdings ein wenig dauerhafter, denn es beruht, ähnlich den Vorgängen auf der photographischen Platte, auf dem Ausbleichen des sogenannten Sehpurpurs durch die Lichteinwirkung. Man hat einmal den Augenhintergrund eines Hingerichteten zehn Minuten nach der Exekution untersucht. Es fand sich wirklich ein heller Fleck. Der Verurteilte hatte die letzten Stunden bei einer Stearinkerze gelesen, die Hinrichtung war im Dunkeln erfolgt, die augenärztliche Untersuchung sofort vorgenommen worden. Dies muß aber auch alles zusammentreffen, damit ein solches „Optogramm" entsteht. Erfolgt eine Untersuchung nicht mindestens wenige Stunden nach dem Tode, ist in der Zwischenzeit nicht jeder Lichtstrahl von den Augen abgehalten worden, hat das Optogramm nicht stundenlang Zeit zur Entstehung gehabt und war es nicht ein ganz einfacher Gegenstand, so ist nie und auf keinen Fall etwas festzustellen. Das alles kann man wohl durch einen systematischen Versuch leicht zusammentreffen lassen. Daß es wirklich durch Zufall geschieht, ist jedoch ein — — nun eben ein sehr großer und entsprechend seltener Zufall. Daß man aber gar die Gesichtszüge einer menschlichen Person (schon diese selbst ist zu kompliziert für solch ein Bild), die der Tote nur wenige Momente gesehen hat, erkennen könnte, ist glatter Unsinn.

Märchen Nummer zwei ist besonders im Hochsommer häufig. Seine allgemeine Form ist die, daß ein Mensch, der einige Zeit auf dem Lande gelebt hat, plötzlich heftiges Leibschneiden bekommt, bohrende und quälende Schmerzen, die nicht nachlassen wollen. Nach vieler Quälerei stellt sich dann heraus, daß der arme Mensch bei seinem Landaufenthalt aus einer Quelle getrunken und dabei zufällig einige Frosch- oder gar Eidechseneier mit verschluckt hat. Eine Weile merkte er das nicht. Als die Tiere dann in seinem Magen herangewachsen waren, fingen sie an, sich umstürzlerisch zu benehmen und ihn zu peinigen, was sie sicher bis zu seinem Tode fortgesetzt hätten, wenn ihn nicht ein tüchtiger Arzt befreit hätte.

Diese Geschichte ist ebenso unsinnig wie hartnäckig. Tatsache ist nämlich, daß beispielsweise verschluckte Froscheier von der Magensäure in wenigen Minuten getötet und bald danach überhaupt aufgelöst werden — sie gehen den Weg allen Fleisches, das in einen fremden Magen gerät. Es gibt nur einige Würmer — in den Tropen noch ein paar Mückenlarven, die aber für Menschen und Tiere garnicht in Betracht kommen —, die „eingeweidefest" sind. Alles andere wird dort innen rettungslos verdaut, wenn es sich nicht gerade um Steine und Glassplitter handelt. Trotzdem wird die Mär von Fröschen, Kröten, Blindschleichen, Eidechsen und Ringelnattern ruhig weitererzählt — es ist nur verwunderlich, daß noch niemand auf die Idee gekommen ist, daß sich im Magen eines Tenors, der vor dem Auftreten rohe Hühnereier trinkt, nach und nach eine ganze Hühnerfarm heranbilden müsse.

Auf das dritte Märchen pflegen sogar kritische Gemüter hereinzufallen, die den beiden ersten skeptisch gegenüberstehen. Es grassiert alljährlich im Januar und Februar, der Zeit der Kostümfeste und Maskenbälle, und ist auch in diesem Jahre schon wieder aufgetreten.

Gewöhnlich lautet die Geschichte folgendermaßen: Ein junges, lebensfrohes Mädel geht mit einem von einem Verleihinstitut geliehenen Maskenkostüm zu einem Fest, amüsiert sich großartig und bemerkt nach drei oder vier Tagen ein paar kleine, ausschlagartige Knötchen an den Armen, im Gesicht, irgendwo. Zunächst wird das nicht beachtet. Als es immer mehr werden, wird schließlich ein Arzt aufgesucht. Der Arzt nimmt ein Präparat, greift plötzlich zu Gummihandschuhen und Bazillenmaske, läßt die Patientin ohne weitere Umstände in ein Sanatorium bringen und dafür sorgen, daß sie nie einen ihrer Angehörigen wiedersieht und ihnen nie einen Brief schreibt. Denn, so heißt es, sie hat sich mit Lepra (Aussatz) angesteckt.

Dieselbe Geschichte wurde vor dem Kriege von aus Japan stammenden Haarnetzen und von frisch aus Persien eingeführten Orientteppichen erzählt. Die Berichterstatter entwickelten dabei je nach Begabung mehr oder weniger dramatisches Talent und Erzählerraffinement; nur Wahrheitsliebe und Sachkenntnis gingen ihnen in jedem Falle ab. Wohl ist die Lepra eine schauerliche Krankheit. Sich mit ihr anstecken kann man aber nur durch langdauernden Umgang mit Kranken, nicht durch vorübergehende Berührung eines Gegenstandes. Hat man sich jedoch angesteckt, so dauert es nicht drei Tage, sondern mindestens drei Jahre (das ist aber auch die allerkürzeste Frist) bis sich die ersten äußerlichen Krankheitserscheinungen zeigen.

Das sind die drei gebräuchlichsten Märchen, die in Deutschland kursieren und man muß von ihnen leider sagen, daß sie haltbarer sind als Optogramme, peinigender als Laubfrösche im Magen und ansteckender als Lebra.

Willy Ley.

Der Arbeiter-Radio-Bund, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltet für seine Mitglieder, deren Angehörige und sonstige Interessenten eine Besichtigung des Großrundfunksenders Mühlacker. Dieselbe findet am Sonntag, den 20. September 1931 statt und werden durch Fachleute die ganzen Anlagen gezeigt und erklärt. Die Hin- und Rückfahrt erfolgt mit städt. Autobussen und kostet pro Person 1.50 Mark (einschließlich Rückfahrt). Abfahrt Sonntag, 20. Sept., früh 7.30 Uhr Karlsruhe Marktplatz. Rückfahrt ab Mühlacker abends 6 Uhr. Senderbesichtigung vormittags, für den Nachmittag ist eine Veranstaltung der Arbeitersporttkartelle Mühlacker vorgesehen. In der Volksfreundbuchhandlung, Waldstraße 28, liegt eine Einzeichnungsliste auf, in die sich Fahrtteilnehmer einzeichnen wollen. Der Fahrpreis von 1,50 Mark ist bei der Einzeichnung zu entrichten.

Veranstaltungen

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Franz Lehars „Die lustige Witwe" zählt zu den beliebtesten Operetten der diesjährigen Spielzeit. Die Aufführungen sind auch erstklassig zu nennen. Dazu kommt noch die leicht beschwingte Musik. Es ist daher zu verstehen, daß diese Operette sich ganz besonders der Gunst des Publikums erfreut und die Vorstellungen immer stark besucht sind. Heute abend, 20 Uhr, findet eine Wiederholung statt.

Streichkonzert im Stadtgarten. Am kommenden Mittwoch, 26. ds. Mts., findet im Stadtgarten, von 16 bis 18½ Uhr, bei gutem Wetter, ein Streichkonzert statt, ausgeführt von dem Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Musikdirektors Emil Irrgang. Es sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß an Mittwochnachmittagen die verbilligten Eintrittspreise Gültigkeit haben, was noch nicht genügend bekannt sein dürfte.

Grünwinkel

Ueber das aktuelle Thema **„Die derzeitige Politik der Sozialdemokratie und das Proletariat"** sprach am vergangenen Samstag in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Heinz Kappes. Erfreulich war, daß das gastliche und sehr geräumige Vereinsheim des Fußballvereins Grünwinkel kaum ausreichte, um alle die Erschienenen zu fassen. Es spricht für den überaus gesunden Geist der Parteigenossenschaft dieses Bezirks, daß es ihr gelingt, die Bevölkerung in diesem Umfange für die sozialistische Schulungsarbeit zu gewinnen. An Stelle des verhinderten Genossen Liebmann leitete Gen. Spachholz die Versammlung ein, begrüßte den Referenten und den rührigen Arbeitergesangverein Einigkeit, der es verstand, Kampfeszuversicht in die Herzen der Hörer zu singen. Nach einem Freiheitslied begann Gen. Kappes seine Ausführungen. Ausgehend von der im Jahre 1929 beginnenden Industriekrise Deutschlands, die sich in ihrem weiteren Verlauf zur Weltkrise entwickelte und auch die agrarische Produktion erfaßte, kam er auf die beim Bürgertum wurzelnde irrige These, daß die Sozialdemokratie an dieser Entwicklung die Schuld trage, zu sprechen. Der Volksentscheid in Preußen hat uns schlaglichtartig eine Rückwärtsentwicklung der nationalen Phrase aufgezeigt. Der Nationalsozialismus, dieser große politische Betrug, hat nur die Aufgabe, den erschütterten Kapitalismus an der Macht zu erhalten. Die Legalitätsbeteuerungen Hitlers sind als ein weiterer Betrug am Volke zu verbuchen. Zur Beseitigung der Weltkrise muß der Weg einer Stärkung der Kaufkraft gegangen werden. Durch eine völlig verfehlte Zollpolitik wurden die Krisenmomente verstärkt. Ganz unverantwortlich ist für uns die fortgesetzte Kapitalentziehung zum Zwecke militärischer Spielerei.

Leider können wir die „Weltwirtschaft" und auch ein „Weltproletariat" als geeinten Begriff noch nicht als positiv verzeichnen. Auslandskredite in der gegenwärtigen Phase der politischen Zerrissenheit zu erhalten ist schlechterdings unmöglich. Dazu gesellt sich eine Kreditunwürdigkeit eines Teils der deutschen verarbeitenden und -Schlüsselindustrie, die in Skandalen macht (Nordwolle u. a. m.). Gewiß ist die Notverordnung der größte Schlag, der je gegen den Gedanken der Volksgemeinschaft geführt wurde, aber die Gefahr, an die Stelle der Brüningregierung eine solche Hitler-Hugenberg zu bringen, zwang uns taktisch, erstere zu tolerieren. Hätten wir durch den Sturz der Regierung Brüning der offenen Reaktion zur Macht verholfen, dann wären die Machtmittel des Staates in die Hände der Feinde der Republik gelangt. Wir haben eine Sozialgesetzgebung, ein Tarif- und Schlichtungswesen und noch weitere fortschrittliche Einrichtungen zu verteidigen. Unser Weg ist die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit. Der Kapitalismus will die Krise meistern durch eine weitere Ausbeutung der proletarischen Schichten. Dies muß zu einer **Stärkung der Front aller Schaffenden führen.** Arbeiter, Angestellte und Mittelstand sind mehr als bisher an die Sozialdemokratie heranzuführen, dem Einfluß der Faschisten zu entziehen. So gewinnen wir auch in der Zeit der Defensivkämpfe die Kraft unbeirrt unsern Weg aufwärts zu schreiten, den Sozialismus entgegen.

Die Versammlung verdankte diese instruktiven und wirklich sachlich übermittelten Ausführungen mit aufrichtigem Beifall. Eine Diskussion wurde, trotzdem auch Gegner anwesend waren, nicht gewünscht. — In einer anschließenden Behandlung vorortpolitischer Wünsche wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erklärung des Bürgermeisters Schneider zu der Aufhebung der Straßenbahnhaltestelle an der Ueberführung mehr als fadenscheinig ist, und die Arbeiterschaft Grünwinkels mit Fug und Recht verlangen darf, daß ihr Anspruch auf die notwendige Straßenbahn nicht dem Schnellverkehr nach Rappenwört (denn das ist der wahre Grund und alles andere Verbalismus) geopfert werden darf. Wir wollen nicht hoffen, daß sich der Herr Bürgermeister noch oft hinter den Technikern verbergen muß, umseinen geheimsten Wünschen zum Durchbruch zu verhelfen. Wie wäre es, wenn das Bürgermeisteramt einmal an Ort und Stelle die Empörung über seine rigorosen Maßnahmen vernähme. Wie lange soll diese Benachteiligung eines ganzen Vorortes noch andauern?

efha.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 21. August: Katharina Brock, alt 72 Jahre, Witwe von Wilh. Brock, Feinmechaniker, (Karlsruhe-Rüppurr.) — 22. August: Maria Eberhardt, alt 85 Jahre, Witwe von Georg Eberhardt, Agent. Anton Kettner, Oberladeschaffner a. D., Ehemann, alt 65 Jahre. Beerdigung am 25. August, 14 Uhr. Ida Müller, alt 35 Jahre, Ehefrau von Johann Müller, Zollpraktikant. — 23. August: Erika, alt 5 Jahre, Vater Adolf Berg, Schlosser. (Durmersheim). Emilie Würzweiler, alt 69 Jahre, Witwe von Gustav Würzweiler, Handelsmann. Beerdigung am 25. August. Albert Keller, Tech. Reichsbahninspektor, Ehemann, alt 55 Jahre Beerdigung am 26. August, 11 Uhr. Anna Speck, alt 64 Jahre, Witwe von Bernhard Speck, Schmied. Beerdigung am 25. August, 13.30 Uhr. Babette Memmert, alt 83 Jahre, Witwe von Karl Memmert, Kaufmann. Beerdigung am 26. August, 14.30 Uhr.

Veranstaltungen

Dienstag, 25. August:

Städt. Konzerthaus: Die lustige Witwe. 20 Uhr.
Stadtgarten: Abendkonzert. 20—22¼ Uhr.
Gloria-Palast: Der falsche Ehemann.
Palast-Theater: Der Herr auf Bestellung.
Residenz-Lichtspiele: Gefahren der Liebe.
Meßplatz: Zirkus Busch. 15 und 20 Uhr Vorstellungen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ecke Augarten- und Rüppurrer Straße stieß gestern mittag ein Radfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Radfahrer wurde von seinem Fahrzeug geschleudert und erlitt Verletzungen am Kopf, die ärztliche Behandlung erforderten. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Radfahrer dem Personenkraftwagen das Vorfahrtsrecht nicht ließ. — Ecke Sofien- und Uhlandstraße stieß ein Transportdreirad das mit Milch beladen war mit einem Lastkraftwagen zusammen. Das Kraftdreirad wurde umgeworfen, wobei sich etwa 40 Liter Milch auf die Straße ergossen. Auch dieser Unfall ist auf die Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts zurückzuführen.

Diebstahl. Auf einem bei Durlach-Aue gelegenen Acker wurden gestern etwa zwei Zentner Kraut von bis jetzt noch unbekanntem Täter entwendet.

Schlägereien

Am Montag abend gegen Mitternacht fand auf dem Marktplatz eine Schlägerei statt, bei der ein Postbelfer angeblich ohne Grund von mehreren jungen Burschen mißhandelt wurde. Kurz vorher wurde ein Zeitungsträger der **NSDAP.** während er mit einem Fahrrad durch die Akademiestraße fuhr, von mehreren Burschen verfolgt und mit einem Stock geschlagen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Wochenprogramm der SAJ. Groß-Karlsruhe

SAJ. Ost: Heute abend Gruppenabend im Jugendheim. Beginn um 8 Uhr (Nest). „Erlebnisse in Frankfurt".

SAJ. West: Infolge der Schulferien können wir nicht in die Gutenbergschule, deshalb nehmen wir am Gruppenabend der Oststadtgruppe teil.

SAJ. Rintheim. Um 8 Uhr im Modellierzimmer Gruppenabend. Frankfurtfahrer sind alle da.

SAJ. Rüppurr: Im Kindergarten haben wir unseren Gruppenabend. Um 8 Uhr wird begonnen. Jugendtagserlebnisse.

SAJ. Daxlanden: Um 8 Uhr in der Zuflucht Gruppenabend. „Was wir in Frankfurt gesehen und gehört haben". Alle werden selbstverständlich kommen.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet.

Karlsruhe.

FTK. Turner und Altersturner. Heute abend 7 Uhr **Turnen** und **wichtige Besprechung** auf dem Platz, bei jeder Witterung. Bitte alles erscheinen. 6359

Durlach-Aue. Turnverein. Samstag, 29. August, abends 8 Uhr, **außerordentliche Generalversammlung. Wirtschaftsbericht und Ersatzwahlen.** (1692) **Der Vorstand.**

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Letzte Nachrichten

Neue Steuernotverordnung

Die Reichsregierung hat durch Verordnung vom 23. August die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung für 1931 sowie die Frist für die Steueramnestie bis 16. September 1931 verlängert. Die Steueramnestie ist zugleich auf die Umsatzsteuer und Erbschaftssteuer (einschließlich Schenkungssteuer) ausgedehnt worden.

Steueramnestie erlangt nach der neuen Verordnung, wer sein Vermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1931 sowie sein Einkommen von 1930 richtig angegeben hat oder in einer Nachtragserklärung seine früheren Angaben berichtigt. War die Vermögenserklärung für 1931 schon abgegeben, so kann sie nachträglich ergänzt werden. Auch kann die Vermögenserklärung von 1931, sofern sie bereits abgegeben worden ist, wieder zurückgefordert und innerhalb der Amnestiefrist neu eingereicht werden. Wer das Einkommen, den Umsatz und den Gewerbeertrag von 1930 zu niedrig angegeben hat und diese Erklärungen berichtigt, muß ebenfalls Nachzahlungen leisten. Im übrigen braucht er Nachzahlungen für frühere Jahre nicht zu leisten, wenn er die für 1928 und 1929 verschwiegenen steuerpflichtigen Werte (Einkommen-, Umsatz-Gewerbeertrag usw.) der Steuerbehörde nachträglich anzeigt. Wenn der Steuerpflichtige hierüber selbst nicht mehr genaue Angaben machen kann, so genügt eine schätzungsweise Angabe. Die Angaben über die bisher **verschwiegenen Summen** können auch bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung (z. B. Landesfinanzamt) gemacht werden.

Die **ausländischen Familienstiftungen** können bis 31. Dezember 1931 **aufgelöst** werden, ohne daß die an sich bei der Auflösung erwachsene Schenkungssteuer erhoben wird. Außerdem tritt Steueramnestie ein für die bei der Errichtung der Familienstiftung erwachsene Schenkungssteuer. Werden solche ausländische Familienstiftungen **nicht aufgelöst,** so soll das Einkommen und Vermögen der Stifter **als Einkommen und Vermögen** des Bezugsberechtigten angesehen werden. Diese Regelung ist notwendig geworden, weil ein volkswirtschaftliches Interesse daran besteht, das Vermögen der ausländischen Familienstiftungen der **deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen.**

Anklage wegen Aufforderung zum Mord

In der Nacht zum 9. August 1931 vor der Erschießung der beiden Polizeioffiziere Anlauf und Lenk auf dem Bülowplatz in Berlin, war am Hause Hagenauer Straße 18 folgende Schrift mit weißer Farbe angebracht worden: „Für einen erschossenen Arbeiter fallen zwei Schupooffiziere, Rot Front, Rache, R.F.B. lebt!". Die Staatsanwaltschaft I hat gegen fünf Personen, die diese Anschrift angebracht haben, Becker und Genossen, Antrag auf Voruntersuchung gestellt unter der Anschuldigung durch öffentlichen Anschlag von Schriften zum Mord an zwei Offizieren der Schutzpolizei aufgefordert zu haben.

Nazilümmeleien

Kassel, 24. August (Eig. Draht). In **Rothenburg** a. Fulda fand am Samstag eine Volksversammlung statt, in der Philipp **Scheidemann** sprach. Von den etwa 500 Versammlungsbesuchern waren mindestens 200 Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Versammlung nahm infolgedessen den üblichen Verlauf. Es gab Störungsversuche und Krach von Anfang an.

Als nach der Rede Scheidemanns der Vorsitzende, Bezirksselkretär Hermann, eine Ansprache hielt, aus der die Volksentscheidskameraden schließen konnten, daß eine Debatte nicht stattfinden sollte, weil man einen ruhigen Abschluß der Versammlung wünschte, veranstalteten sie einen Höllenspektakel. Sie benahmen sich wie Irrsinnige und stürmten schimpfend, brüllend und drohend nach dem Podium, auf dem außer Scheidemann sich noch zwei Personen befanden. Die Schimpfworte, die ein Nazi Scheidemann zurief, waren ebenso sinnlos wie ordinär. Als er unmittelbar vor unserem Genossen angelangt war und fortwährend schrie: „Wo ist die verdorrte Hand?" **verabreichte ihm Scheidemann eine so derbe Ohrfeige, daß er zurücktaumelte, und vor Bestürzung den Mund hielt.** Zwei Polizeibeamte, deren Energie und Ruhe alles Lob verdient, räumten dann, ihre Gummiknüppel schwingend, den Saal. Von den 200 tobenden Radikalinskis gingen die meisten, als sie den Gummiknüppel rochen, eiligst davon.

Finanzschwierigkeiten in der Steiermark

Wien, 24. Aug. Wie die Blätter melden, erklärte der Landeshauptmann der Steiermark, Rintelen, einer bei ihm vorsprechenden Beamtenabordnung, daß am 1. September den **steierischen Landesbeamten und Lehrern nur 70 Prozent ihres Gehaltes** werden bezahlt werden können. Der Rest solle im Verlaufe des Monats nachgezahlt werden. Die Finanzlage des Landes sei außerordentlich ungünstig.

Kommunistischer Abgeordneter wegen Religionsbeleidigung verurteilt

Vor dem Schöffengericht **Breslau** stand der Lehrer **Schneller,** Reichstagsabgeordneter der KPD. und Mitglied des Staatsrats. Er wurde beschuldigt, als verantwortlicher Redakteur am 22. März 1930 in der Schlesischen Arbeiterzeitung, in der ein Gedicht stand unter dem Titel „Weihrauch und Petroleum", das Haupt der katholischen Kirche, Papst Pius XI., öffentlich beschimpft zu haben. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Schneller an Stelle von zehn Tagen Gefängnis zu 100 RM. Geldstrafe.

Verurteilungen wegen unbefugten Waffenbesitzes

CNB. **Berlin,** 22. Aug. Gegen eine Reihe von Personen, die in der letzten Zeit im Besitz von Waffen angetroffen wurden, ist vom Schnellrichter das Urteil gefällt worden. Bei der Räumung des Bülowplatzes nach den Ruhestörungen, in deren Verlauf die beiden Polizeihauptleute erschossen wurden, fand man bei dem Anleger Kubiack einen **Schlagring.** Er wurde vom Schnellrichter zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Gelegentlich der Durchsuchung eines Hauses in der Nähe des Bülowplatzes wurden in der Wohnung des angeblich Parteilosen August Herzlieb **drei Pistolen** mit Munition gefunden. Er erhielt 200 RM. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Subtropische Warmluft ist an der Vorderseite einer über Frankreich liegenden Zyklone nach Westdeutschland gelangt, und hat hier — eingeleitet durch den gestern gefallenen verbreiteten Regen — leichte Erwärmung gebracht. In unserem Gebiet herrscht heute früh zum Teil böig-heiteres Wetter, das jedoch nicht von Dauer sein wird. Wir werden nun vorläufig im Bereiche der Südwestströmung verbleiben.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 26. August: Weiterhin veränderlich mit gelegentlichen Aufheiterungen aber auch einzelnen Regenfällen. Lebhafte Südwestwinde und mäßig warm.

Wasserstand des Rheins

Basel 235, gef. 8; Waldshut 404, gef. 32; Schusterinsel 300, gef. 20; Kehl 436, gef. 31; Maxau 615, gef. 13; Mannheim 534, gef. 3 Zentimeter.

Circus J. Busch

Der große Erfolg in Karlsruhe!
Beeilen Sie sich! Nur noch ganz kurze Zeit!
Täglich nachmittags 3 Uhr halbe Preise
Jeden Nachmittag große Fremden- und Familienvorstellung mit dem ungekürzten Abendprogramm und der vollständigen Wasserpantomime. Zu den Nachmittagsvorstellungen zahlen nicht nur Kinder, **sondern auch Erwachsene halbe Preise.**
Abends 8 Uhr: Das Spitzenprogramm, von dem Karlsruhe spricht
Ab 9 Uhr vormittags: Große Tier- und Völkerschau
Konzert der Kosakenkapelle, Raubtierfütterung, Marstallbesichtigung, Proben der Artisten und Dresseure, Darbietungen in der großen Nord-Afrika-Schau.
Vorverkauf: Zigarrenhaus Hermann Meyle, Marktplatz, Tel.: 450 und die Circuskasse ab 9 Uhr, Tel. 6070. 1686

Zurück 6352
Dr. med. **H. Nerlich**
Werderplatz 29 Telefon 3569

Von der Reise zurück
Dr. med. W. Gutsch
Kaiserstraße 182 6353

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus
Dienstag, 25. Aug.
Die lustige Witwe
Operette von Franz Lehár
Dirigent: Stern
Regie: Reißner
Mitwirkende: Löser, Zant, Macher, Jessner Hertenstein, Schneitz, Schnitzer, Kurr, Mehner, Ziegler, H. Lindemann, E. Rivinius, Reißner, H. Rivinius, Cortiaux, Rotschmann, Hellmuth, Tubach, E. Lindemann, Köhler
Anfang 20 Uhr
Ende nach 22.30 Uhr
Preise: 1.00—4.00
1596

Stadtgarten
Mittwoch, 26. Aug. von 16—18½ Uhr:
Nachmittags-Konzert
(Streich-Konzert)
Orchester: Philharmonisches Orchester
Leitung: Musikdirektor Emil Irrgang
Verbilligte Eintrittspreise 1597

Das ist der nationale Mann
der 250 Millionen verpulverte, Zehntausende von Arbeitern um ihre Existenz brachte und märchenhaften Luxus trieb — Gustav Karl Lahusen, bisher Generaldirektor der Nordwolle. In der soeben erschienenen 10-Pfennig-Broschüre »Das Panama der Nordwolle« werden sensationelle und zum Teil noch völlig unbekannte Tatsachen über diesen größten Schwindel des 20. Jahrhunderts veröffentlicht
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe Waldstraße 28

FILMPALAST BADEN-BADEN
Von Dienstag, den 25. August ab:
Täglich 3, 5, 7, 9 Uhr
Geschlossene Vorstellungen
des vielumstrittenen Filmwerks
Im Westen nichts Neues
Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Baden-Baden
Allg. freier Angestelltenverband
Allg. Deutscher Beamtenbund
Sozialdemokratische Partei
Reichsbund der Kriegsbeschädigten
Arbeiter- Kultur- und Sportkartell
Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben nachstehende Organisationen, deren Vorstände einen ordnungsmäßigen Verlauf der Veranstaltung gewährleisten, Zutritt
1. Verbände und Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
2. Verbände, Arbeitsgemeinschaften u. a. Vereinigungen, die dem Zweck des internationalen Friedens dienen
3. Berufsverbände, Berufsvereine, Standes- und Bildungsvereinigungen.
Organisationen, die noch keine Ausweiskarten bezogen haben, können solche im Büro der Vereinigten Lichtspiele erhalten.
Die Besucher erklären durch Lösen einer Eintrittskarte, daß sie **an der Aufführung keinen Anstoß nehmen** oder aber entgegengesetzten Falles das Theater ruhig verlassen. 1691

Pol.-Beamt. a. D., 12 Pol.-Dienstjahre **sucht** Stellung als **Chauffeur** eventl. Aushilfe. (Führerschein Kl. II u. 3b.) Ang. unt. Nr. 6349 an den Volksfreund.

Zwangs-Versteigerung.
Mittwoch, den 26. August 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokale, Herrenstraße 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 6357
2 Kleiderschränke, 1 Radio Philippsnetzannode, 1 Lautsprecher, 1 Philippsgleichrichter, 1 Radioapparat, 1 Bücherschrank, 1 Lederklubsessel, 1 Litörschr., 1 kl. Schränkchen, 1 Büfett, 1 Warenschrank, 1 Registrierkasse, 2 Kassenschränke, 1 Schreibmaschine, 1 Teetisch, 1 Aushängeschränkchen, 1 gr. Warenschrank, 30 Karton mit künstlichen Blumen und Laub.
Karlsruhe, 22. Aug. 1931
Freieis, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.
Am Mittwoch, den 26 August 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal, Herrenstraße 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
2 Betten, 2 Schränke, 2 Schreibmaschinen, 1 Grammophon, 1 Ruhebett, 1 Klubsessel, 1 Spiegel, 1 Ladenkasse, 5 Schreibtische, 1 Spiegelschrank, 1 Uhr, 1 Küchenbüfett, 1 Kredenz, 3 Teppiche, 3 Oelgemälde, 1 Bild, 1 Heizkörper, 1 Damenfahrrad, 1 Kortbtisch, 2 Korbstühle, 1 Warenschrank, 1 Klavier, 1 Ausziehtisch, 4 Lederstühle, 1 Ledersessel, 5 Büfetts, 5 Kredenzen, 1 Bücherschrank, 1 Flurgarderobe. 6358
Karlsruhe, 24. Aug. 1931.
Jenz, Gerichtsvollzieheranw.

Klein. Rundofen zu kaufen gef. **Merkle** Weinbrennerstraße 7a.

Gebr., gut erhaltenes **Herrenrad** für 22 Mark zu verk. **Belchenstr. 4,** part. (Weiherfeld). M1130

Küche 6354
nat. lackiert, m. Kirschbaum abgesetzt, im Büfett Kühlschrank, Kaffeemühle und Besteckkasten eingebaut. Tisch Stühle, Hocker m Linol kompl. zum Spottpreis von **175.- M**
Hain & Künzler, Waldstr. 6—8.

Möbliertes S1142 **Mansarden-Zimmer** billig zu vermieten. Lessingstraße 70a, III.

Zu vermieten in der Oststadt auf 1. Sept. möbliertes **Mansard-Zimmer** (Neubau) am liebsten an berufstät. Frl. Zu erfrag. unter R1141 im Volksfreund.

Gut möbliertes **Zimmer** zu vermieten Baumeisterstr. 50, III l.

Möbl. Zimmer zu vermieten. N1137 Rheinstraße 18, III. r.

Alleinstehendes Fräulein **sucht 1 Zimmer** mit Küche sofort. Ang. u. Nr. 6351 an d. Volksfrd.

Mi. 26. 8. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren. Do. 27. 8. Zum ersten Mal: Peppina. Fr. 28. 8. Die lustige Witwe. Sa. 29. 8. Peppina. So. 30. 8. Peppina.

Englische oder französische Stunden (od. Uebersetzung.) gibt Sprachlehrer geg. Rauchwar. od. Schreibmaterialien. Ang. erb. u. Nr. 6350 an d. Volksfrd.

Kräft. ehrl. Junge **sucht Metzgerlehrstelle.** Angebote unt. Nr. 6355 an den Volksfreund.

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge verleiht 6012 **Franz Heck,** Gartenstr. 7

Nähmaschine gut erh., zu kauf. **ges.** Zu erfr. unt. W1138 im Volksfd.

Junge Riesenschnauzer billig abzugeben **F. J. Frietsch, Rastatt** Röttererberg 1. F1143

Lautsprecher (Wuser Syst. 60 pol. m. Chasis) zu verkaufen. Pr. 20 M. Zu erfr. bei **Kohlmann** Zähringerstr. 15, III l.

Nähmaschine 35 M. Weißer Gasherd 8 M bei **Staub,** Herrenstr. 6. 6206

Achtung!
Trockenes Forlenbrennholz, ofenfertig, liefert pro Zentner zu 1.60 M, Buchenbrennholz, pro Zentner 1.90 M Anfeuerholz, 30 Bündel, 4.50 M, freiKeller, Karlsruhe u. Umgebung. 1681
Schorpp & Co. Holzhandlung **Durmersheim** (Bad.)

Eleg. Herrenzimmer, pol. Schrank 2,10 breit, mod. Küche 110 M, schön. Büfett pol. 125 M, Ausziehtisch 35 M, eich. Tisch 80/110 cm 25, 12 u. 7 M, Korbbank 9 M, pol Vertiko 30 M, Trumeau, Waschkommoden hell u. dunkel eichen in weiß und nußbaum, 1- u. 2-tür. Schränke von 18 bis 58 M, Dipl.-Schreibtische Federbetten, Matratzen b. **Schuster,** Möbelgesch. Ludwigwilhelmstr. 18.

Hausverkauf
In **Mörsch** bei Karlsruhe ist ein Wohnhaus mit 2-Zweizimmer- und 2-Vierzimmerwohnung nebst Stallgebäude und Gärtchen in bestem Zustande preiswert unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Besichtigung und Auskunft gewährt **Altbürgermeister Deck in Mörsch.**

Gaggenauer Anzeigen

Mütterberatungsstunde betr.

Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 26. August 1931, nachmittags von 2 bis 3 Uhr im Rathaus (Bürgersaal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt. 1698

Gaggenau, den 24. August 1931.

Der Bürgermeister Schneider.